

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Der Ordnung Lob.

Die Ordnung ist nicht eine nebensächliche, unwichtige Tugend: wer arbeiten will, wer vorankommen und etwas erreichen möchte, der muß Ordnung halten.

Ordnung ist Weisheit. Worin zeigt sich die wunderbare Weisheit des Schöpfers anders als in der Ordnung der Dinge, daß jedes an seinem Plage ist, daß eins zum andern paßt, daß alles zu seiner Zeit kommt? Was wäre die Natur ohne Ordnung? Ein Durcheinander, das nicht bestehen könnte, was in sich selbst zerfallen müßte. Was wäre die Wissenschaft ohne Ordnung? Diese einzelne Feminine würde der Forscher und Denker sammeln, aber wenn sie nicht in gehöriger Ordnung geordnet, geschieden und verbunden werden, dann werden sie nicht zu einem wohlgefügten Bau, sondern bleiben ein nutzlos, wirrer Haufen.

Ordnung ist Macht. Ein Heer mag noch so groß sein, wenn keine Ordnung herrscht, wird es früher geschlagen, denn ohne Ordnung werden die Kräfte nicht geeint und aufs Ziel gerichtet, sondern zerstückelt und bringt keine bleibende Frucht, wenn keine Ordnung herrscht in der Tätigkeit. Ohne Ordnung zerbricht der Tag nutzlos; wenn man Zeit und Arbeit nicht planmäßig einstellt, geht beides verloren, die Zeit und die Mühe.

Dr. A. Wöhlert in „Bücher der Freude“.

Eigentum, Persönlichkeit, Familie.

III. (Schluß)

Welches besondere Interesse hat die Arbeiterin in ihrer Eigenschaft als weibliches Wesen an der Gewerkschaftsorganisation auf christlicher Grundlage? Das alles, was den männlichen Lohnarbeiter der Organisation zuführen muß, auch für sie in Betracht kommt, ist selbstverständlich. Sie teilt ja mit ihm die Unterstellung unter den Arbeitsvertrag und erduldet mit ihm die unzulänglichen Fahrtenrichtungen; ja sie trägt auch mit ihm die ganze Not und soziale Entwertung, die den heutigen Arbeiterstand trifft. Und doch meinen wir, daß sie fast noch mehr als der Mann organisationsbedürftig sei; einmal, weil sie als Weib schutzloser und allein stehend noch schwächer ist, als der Mann; dann auch, weil sie sowohl in ihrer Eigenschaft als Arbeiterin wie auch als künftige Familienmutter und Hausfrau an einer Bessergestaltung der Arbeitsverhältnisse besonders interessiert ist.

Die stärkende Einigkeit haben die Schwächsten am nötigsten. Der Arbeiterin aber gebührt es nicht nur an der Verteidigungskraft, die jedem Unorganisierten abgeht, sie entbehrt auch die männliche Selbständigkeit und Sicherheit im öffentlichen Leben. Für das Erwerbssieben, in das sie gestellt wurde, ist sie meist nicht erzogen, aus der Familienabhängigkeit trat sie mit allen Tugenden der Selbstlosigkeit und Hingabe, des Gehorjams und der Genügsamkeit, aber auch mit allen Schwächen und Fehlern der ungezügeltsten sozial ungeläuteten Frauennatur in die Abhängigkeit vom Arbeitgeber. Entweder betrachtet sie diesen als neuen Schutzherrn und Vater, vertraut ihm blind, dient ihm widerspruchslos, läßt sich ausnützen und knechten, oder sie kann ihre Empörung gegen die männliche Brutalität, die ihr im Arbeitsverhältnis ausbeuterisch entgegentritt, nicht schmecken und wird auf diese oder jene Weise Rache nehmen. Einzelne Arbeiterinnen nützen ihre Weiblichkeit dazu aus, sich Vorteile in gewissenloser Schmeichelei oder sogar Unsitlichkeit zu erwerben; sie erlauben sich mit ihrer Frauenwürde ein lautes Leben im Betrieb und hintergehen den Arbeitgeber, wo immer sie können und der Günstlich zweifelhafter Fabrikbeamten sicher sind. Andere fallen aus dem Extrem der Geduld und Weisheit in das der radikalsten Kampfesstimmung; unbändig wollen sie drauf los streifen und im Ärger und Haß werden sie blind für die richtige Unternehmeransprüche und taub für die

Stimme des eigenen Gewissens, die sie zur treuen Pflichterfüllung mahnt.

Hier müssen konfessionelle Organisationen Klarheit über falsche und rechte Pflichtauffassung und die Gewerkschaften Einsicht über die Ständerechte und Mittel zu ihrer Verteidigung schaffen. Die Heimatlose findet in der Vereinigung mit gutwollenden und ehrlich fühlenden Kollegen und Kolleginnen ein neues Heim, eine soziale Liebesgemeinschaft, in der sich alle ihre weiblichen Tugenden, Opfermut, Geduld, Hingabe, Bescheidenheit betätigen können. Aber mehr, sie findet in der Gewerkschaft ihren sozialen Schutzherrn, der sie gegen unberechtigte Uebergriffe seitens der Arbeitgeber und Beamten verteidigt ihren Klassenhaß in planmäßiges Vormarschstreben umwandelt und ihren Radikalismus zügelt. Die Unerfahrene hat nun wieder einen Ratgeber, denn Familienangehörige und Geistliche können ihr nicht so in allen Einzelheiten des Arbeitens beistehen, wie die Organisationen von Mitarbeitern, die alles aufs Genaueste und aus eigener täglicher Erfahrung kennen.

Der so störende Mangel an sozialen Kenntnissen, der die Arbeiterin hundertfach dem Klagen, schlaunen Kapitalisten gegenüber zum Unterliegen bringt, kann in der Gewerkschaft allmählich beseitigt werden. Erst läßt sich dort die Arbeiterin vertrauensvoll führen und sie fährt gut dabei — bald aber wird sie dem Mahnruf, sich selbst mit zu betätigen und ihre Erfahrungen mitzuteilen, nachkommen. Sie rät und tatet mit und je mehr sie das tut, desto selbständiger wird sie, desto mutiger wird sie das ansprechen, was sie bedrängt und was nur sie als Arbeiterin wissen kann, auch das, was sie in ihrer Eigenschaft als Weib besser weiß als die männlichen Kollegen. Statt ein störendes, lehrbühnendes Element im Vorkampfstamp der Arbeiterschaft zu sein, wird sie eine nützliche, ja unentbehrliche Stütze einer planmäßigen Gewerkschaft.

Vor wie vielen Irrwegen und sittlichen Gefahren, vor wie mancher Kränkung und Benachteiligung, vor wie zahllosen unkorrekten und sogar sündhaften Handlungen kann sie die Gewerkschaftszugehörigkeit bewahren! Sie, die so oft in Lohndruck und unangebrachter Fügsamkeit ihre Berufsgenossen schädigte und so gegen das Gebot der Nächstenliebe sündigte, sie ist jetzt deren verdienstvolle Helferin im guten Kampf geworden. Die Folge davon wird sein, daß wahre Selbständigkeit, wahrhaft christlicher Mut und erweiterte Nächstenliebe in der Arbeiterin erwachen, daß sie ein besserer, nützlicherer und dadurch auch mehr befriedigender Mensch wird.

An der Bessergestaltung des Arbeitsvertrages, besonders an einer angebrachten Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und sanitären Betriebsrichtung ist die Arbeiterin auch fast noch mehr als der Mann interessiert. Hungerlöhne sind, rein materiell gebrochen, für Mann und Weib gleich drückend und einend, aber die Frau bringen sie auch noch unmittelbarer als den Mann in sittliche Gefahr. Wie oft verkaufen die, die solange ihre persönliche Arbeitskraft ungeeignet und ungedankt verschleuderten, schließlich ihre Frauenehre um ein Trinkgeld. Und wie wichtig wäre für sie, die so viel an allgemeiner und sozialer Bildung nachzuholen haben, wenn sie einige Freistunden mehr hätten. Die Arbeitszeitverkürzung ist für jugendliche Arbeiterinnen deshalb vor allem so wichtig, weil sie doch betr. ihres Berufes Doppelwesen sind oder noch werden. Wenn sie auch als unterherrschter den Haushalt daheim schwerlich noch neben der Erwerbsarbeit führen müssen — immerhin gibt es auch genug solcher Fälle — so gehen sie doch meistens dem Ehestand entgegen. Unselig aber der Hausstand, an dessen Spitze eine Unkundige, Unvorbereitete steht. Die materiellen Verluste, die eine hauswirtschaftlich ungeschulte anrichten kann, die Leichtsinnigkeit, mit der sie des Mannes und meist auch den eigenen Lohn vergeudet, das wiegt oft schwerer als das, was sie in ihrem ganzen Leben an barem Geld

verdient hat. Aber nicht nur der Geldbeutel und die Gesundheit der Familie leiden darunter, sondern auch der häusliche Friede, die Gattenliebe und Solidität der Familienangehörigen, nicht zuletzt die Kindererziehung und Pflege.

Verständlich ist man endlich noch, daß viele Arbeiterinnen gern ein intensives religiöses Leben führen möchten und dies angesichts brohender Gefahren und sittlicher Komplikationen ihres Berufs auch bitter nötig hätten, dann leuchtet die Bedeutung einer Verkürzung der Arbeitszeit noch mehr ein. Ehezeit weibliches Verständnis sollte auch die Betriebshygiene und Ordnung finden. Die so gerühmten deutschen Frauen mit ihrer Keuschheit und Sorsfalt dürfen doch durch elende Fabrikzustände nicht ganz abgestumpft und an Schmutz und Unordnung gewöhnt werden; das wäre ja ein Verlust für die ganze Nation. Zur äußeren gehört aber auch die innere Keuschheit, der gut anständige Ton in der Färberei, für den besonders Arbeiterinnen kämpfen sollten. Wer gegen der Frauen Erwerbstätigkeit aus sittlichen Gründen Bedenken hat, der führe sie nur den Gewerkschaften zu, in denen sie Anwälte in allen Angelegenheiten finden, wo ihre weibliche Würde verletzt wird.

Hieran möchten wir die Bemerkung knüpfen, daß so, wie Arbeiter und Arbeiterin, auch die Familie, die ja von diesen in ihrem Wohl und Wehe abhängt, von den Berufsorganisationen erheblichen Schutz und wesentliche Förderung zu erhoffen hat. Auf gesetlichem Wege schaffen diese Organisationen mehr Einkommen, geregelte Lohnsätze, mehr Wohlstand, mehr Freizeit für die arbeitenden Hausangehörigen, geistige und sittliche Hebung derselben, eine kulturelle Höherstellung des ganzen Standes, dessen Gluck jede einzelne Arbeiterfamilie ist.

Ist das nicht alles unbedingt nötig, wenn die so wirtschaftlich bedrohte und sozial mißachtete, geistig vernachlässigte und sittlich gefährdete Arbeiterfamilie das bleiben und wachsend mehr werden soll, was das Christentum von ihr verlangt; der Hort persönlichen Glücks, das Heim neuer, zu allem Guten, Großen angeleiteter Menschenkinder und die Stütze eines geordneten, hochstehenden Gemeinwesens? Wenn es wahr ist, daß vor allem die Frau Familiensinn habe, wenn es den jungen Arbeiterinnen mit ihren Heiratsgedanken und ihrer Liebe ernst ist, dann müssen sie den Gewerkschaften Dank sagen, die ihr künftiges Eheleben hehlen und verschönern wollen.

Dann ist es aber auch doppelt töricht, wenn so manches Mädchen uns erklärt, sie wolle sich nicht organisieren, da sie doch bald heirate. Wo vorher will sie die allgemeinen Berufsverhältnisse als Unorganisierte verschleudern, um sich dann in diesem teils selbstzerstörten Gluck ihr künftiges Glück aufzubauen? Sie hofft auf den kraftvollen männlichen Ernährer, daher sind ihr die eigenen Löhne usw. gleichgültig; sie will aus dem Jammer des Fabriklebens erlöst sein, aber vorher drückt sie die Löhne und Arbeitsbedingungen, so daß dieser Mann später garnicht das Nötige für eine größere Familie allein verdienen kann. Sie geht ganz auf in ihren Heiratsgedanken und will sonst von der ganzen Welt nichts wissen; dabei stört sie die Aktion der Arbeiter, die die Vorbedingungen eines geordneten Familienlebens schaffen und sich würdige Lebens- und Arbeitsverhältnisse erringen wollen.

Welche weibliche Inkonsequenz! Da fehlt's am Nachdenken, und nachdenken sollte dieser Artikel wenigstens in unseren Arbeiterinnen erwecken. Dächten sie richtig nach, so entdecken sie, daß ihnen die Gewerkschaft nicht nur nützlich, ja unentbehrlich, sondern daß sie ihnen auch sittlich religiös geboten ist. Sie zweifeln nicht mehr, ob sie sich organisieren dürfen, wüßten vielmehr, daß sie dies mit ganzer Hingabe und ganzem Opfermut tun müssen.

Dr. F. J.

Ein Kampfplatz ist dies Leben, Die Waffen sind verschieden: Sei Pflicht und Recht ergeben, So laßt es das gute Ergehen.

Streiks und Lohnbewegungen unseres Verbandes im Jahre 1909.

Das Jahr 1909 brachte uns die begründete Hoffnung auf eine bessere Zeit im Wirtschaftsleben. Allenthalben steigert sich die Produktion und die Aussichten auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen ermuntern die Gewerkschaftler zu neuen Taten, zu ernstlicher, erfolgreicher Standesarbeit. So wie die früheren Jahre, war auch das Jahr 1909 erfolgreich in der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, trotzdem die Folgen der Krise auf das Wirtschaftsleben noch erheblich einwirkten. Das zeigt sich schon bei den Streikkosten. Die Ausgaben für Streiks und Maßregelungen betragen 1909 bloß 38 193,01 Mk. gegen 38 301,11 Mk. im Jahre 1908. Das sind keine erheblichen Summen und mit den Ausgaben des Jahre 1906—08 verglichen, die für Streiks und Maßregelungen 117 536 resp. 120 981 Mk. aufwiesen, zeigt sich erst recht, wie sehr die Krise einwirkt auf die Bestrebungen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Was an Streiks weniger ausgegeben wurde, ist von der Erwerbslosenunterstützung mehr verschlungen worden. Sie erforderte 1909 die enorme Summe von 186 264,81 Mk. Im Jahre 1908 wurden für diese Unterstützung 172 708,78 Mk. verausgabt. Von der Erwerbslosenunterstützung — die allerdings nur stark ein Drittel dieses Geldes ausmachte — abgesehen, hätten unsere Mitglieder allen Grund, dahin zu wirken, daß die diesjährige Generalversammlung Mittel und Wege sucht, um durch Regelung der Krankenunterstützung mehr den gewerkschaftlichen Charakter unseres Verbandes zu schützen. Von den Sozialdemokraten und Girch-Bundlern mit ihrer Klassenmenschen-Erziehung dürfen die christlichen Metallarbeiter sich bei der Beurteilung dieser Frage nicht beeinflussen lassen. Unser Bestreben muß in erster Linie dahin gehen, einen hohen Bestand in der Hauptkasse zu sichern, um vor allem mit noch größerem Erfolge an der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten zu können. Die Tätigkeit unseres Verbandes auf diesem Gebiete war auch im vergangenen Jahre von Erfolg begleitet.

Bei 94 Streiks und Lohnbewegungen waren wir mit 2657 Mitgliedern beteiligt. 36 von diesen Streiks und Bewegungen wurden von unserem Verbands allein geführt, 58 mit anderen Organisationen. 1908 waren es 105 Fälle mit 3154 beteiligten Mitgliedern, davon 39 allein und 66 mit andern. In 49 Fällen war die Mehrzahl im vergangenen Jahre christlich organisiert, 1908 war das 69 mal der Fall. Zu Streiks führten 34 Bewegungen 1909, gegen 33 im Jahre 1908. An Lohnbewegungen waren 2283 Mitglieder 1909 beteiligt, gegen 2152 im Jahre 1908. Bemerkenswert ist vor allem, daß so wie 1908 auch im Jahre 1909 eine erhebliche Zahl von Bewegungen, die nicht zu Streiks führten, den Arbeitern gute Erfolge brachten. Von 60 Bewegungen ohne Streiks waren 20 erfolgreich, 25 teilweise erfolgreich und 5 ohne Erfolg; von 9 fehlen Angaben. 1908 war das Verhältnis für diese Bewegungen ähnlich, indem 31 erfolgreich, 23 teilweise erfolgreich und 7 ohne Erfolg waren; von 12 fehlen Angaben.

Angriffstreiks hatten wir 1909: 11, Abwehrstreiks 21, Aussperrungen 2. Gegenüber dem Jahre 1908, wo nur 2 Angriffstreiks zu verzeichnen waren, zeigt sich darin schon die bessere Position der Arbeiter — Die folgende Tabelle gibt für die Jahre 1908 und 1909 ein Bild über die Streiks und Bewe-

gungen nach Arten zergliedert, und die Beteiligungsziffer der Mitglieder:

	Angriffstreiks		Abwehrstreiks		Aussperrungen		Friedliche Beweg.	
	1908	1909	1908	1909	1908	1909	1908	1909
1. Erfolgreich	—	2	6	2	—	—	31	20
2. Teilweise erfolgreich	1	5	9	8	—	2	23	15
3. Erfolgrlos	1	4	6	9	10	—	7	5
4. Ohne nähere Angaben	—	—	—	—	—	—	12	9

Gegenüber dem Jahre 1908 ist also die Zahl der Angriffstreiks von 2 auf 11 gestiegen, während die Abwehrstreiks mit 21 Fällen sich gleich geblieben sind. Aussperrungen kamen dagegen nur 2 vor. Die Zahl der friedlichen Bewegungen ist von 72 auf 60 gefallen. Die Streiks und Bewegungen hatten 1909 folgende Ursachen:

- Höhere Lohnforderungen 34 mal;
 - Arbeitszeitverkürzung 11 mal;
 - Lohnforder. und Arbeitszeitverk. 7 mal;
 - Abwehr gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und andere Ursachen 42 mal.
- Von diesen Streiks und Bewegungen waren:

Art der Streiks und Bewegungen	Zahl der Bewegungen 1908	Zahl der beteiligten Mitglieder	Zahl der Bewegungen 1909	Zahl der beteiligten Mitglieder
1. Angriffstreiks	2	105	11	168
2. Abwehrstreiks	21	699	21	195
3. Aussperrungen	10	198	2	18
4. Bewegungen	72	2152	60	2283
Insgesamt	105	3154	94	2857

Die Erfolge der Streiks und Bewegungen, soweit sie zahlenmäßig erfasst werden konnten, brachten für 848 Mitglieder in 19 Fällen Lohnhöhungen von 0,60 Mk. bis 6,— Mk. pro Woche. Auf ein Jahr umgerechnet, ist das eine errungene Lohnsumme von 102 315,00 Mk. oder pro Kopf eines jeden Mitgliedes durchschnittlich 120,65 Mk. im Jahr. Gegen das Jahr 1908 konnte an Lohnsteigerung ein besserer Erfolg errungen werden, ob schon auch in dem Jahre für 1059 Mitglieder durchschnittlich 65 Mark mehr Lohn herauskamen. Es erhielten eine Lohnhöhung im Jahre 1909:

Zahl Mitglieder	Lohnhöhe	Mk. pro Woche
8	von 6,00	Mk. pro Woche
95	5,50—6,00	" " "
13	5,00—6,00	" " "
27	4,00—5,00	" " "
10	3,80	" " "
37	3,50—4,00	" " "
9	3,00	" " "
21	2,00—3,00	" " "
12	2,70	" " "
8	2,50	" " "
169	2,40	" " "
45	2,10	" " "
9	2,00	" " "
16	1,80	" " "
15	1,50	" " "
248	1,20	" " "
30	1,00	" " "
26	0,90	" " "
50	0,60	" " "

Außerdem war bei 6 Bewegungen mit 125 Mitgliedern die Lohnhöhung zahlenmäßig nicht zu er-

fassen. Es erhielten hierbei 41 Kollegen für Nebenarbeit 20% Zuschlag, für 36 konnte ein Abzug von 10% und für 8 ein solcher von 5% abgewehrt werden. In einem Falle konnte ein angesagter Abzug von 30% auf 10% vermindert werden, was 40 Mitgliedern zugute kam. Durch 6 Bewegungen mit 202 beteiligten Kollegen konnten Lohnveränderungen und bei einem Streik und einer Bewegung mit 41 Beteiligten Kürzungen der Arbeitspreise verhindert werden. Ueber eine Anzahl errungener Erfolge und Abwehraktionen gegen Verschlechterungen sind keine genaueren Angaben vorhanden. Wenn die Gesamtsumme der direkt und indirekt errungenen Lohnaufbesserungen resp. Abwehr von Lohnkürzungen für 1909 mit einer Viertel Million Mark veranschlagt wird, so ist das gewiß nicht zu hoch gegriffen.

Für die Arbeiter, welche glauben, klug daran getan zu haben, dem Verbands fern zu bleiben, ist dieses Ergebnis eine deutliche Lehre. Wenn die Mitglieder, welche 120,05 Mk. mehr Lohn bekommen, im vergangenen Jahre den Verbandsbeitrag davon abziehen, so bleibt denselben immer noch ein hübsches Sümmchen für ihre Familie. Dazu sind sie als Mitglied des Verbandes gesichert, durch die verschiedenen Vorteile, die sich ihnen bieten, so daß der Erfolg ihre Opfer und Bemühungen reichlich lohnte.

Arbeitszeitverkürzung wurde in 6 Fällen für 186 Mitglieder erreicht. Insgesamt waren es 31 050 Stunden gegen 12 180 Stunden mit 173 Beteiligten im Jahre 1908. Auch hierbei zeigt sich ein erheblicher Fortschritt. Durchschnittlich wurde jedem Beteiligten 1909 um 167 Stunden die Arbeitszeit verkürzt; das bedeutet für die Familie und die Gesundheit einen erheblichen Vorteil. Unerwähnt darf hier nicht bleiben, daß es den Bemühungen unseres Verbandes gelungen ist, in mehreren Stättenwerken eine bessere Beachtung der Bundesratsverordnung betr. Regelung der Arbeitszeit und Pausen zu erzielen.

Außer diesen Verbesserungen der Lohnverhältnisse und Verkürzung der Arbeitszeit ist im Berichtsjahre noch manches errungen worden, was sich in diesem engen Rahmen des Berichtes nicht aufzählen läßt. Einiges sei der Vollständigkeit halber noch angeführt. Durch einen Streik mit 86 Beteiligten wurde ein Arbeiter-Ausschuß eingeführt und 14 tägige Lohnzahlung bewilligt. Ähnungen zurückgenommen und Maßregelungen abgemehrt wurden in 4 Fällen mit 84 beteiligten Mitgliedern. Außerdem gelang es in einem dieser Fälle auf einem Stättenwerke einen Arbeiterausschuß einzuführen, und in einem anderen Falle den Arbeitern einen Mindestverdienst zu garantieren. Verschlechterungen der Arbeitsordnung abzuwehren, eine Geheerordnung einzuführen, Fehlgeld-Bezahlung, Regelung des Straf-geldverweises, Anerkennung der Organisation zu erlangen, war ebenfalls in einer Reihe von Fällen möglich. Auf die Behandlung der Arbeiter waren die Bewegungen in mehreren Fällen von günstigem Einfluß. Drei Kämpfe konnten ihren Abschluß finden durch Abschluß eines Tarifvertrages mit den Arbeitgebern.

Wenn wir die Erfolge einer Würdigung unterziehen, so darf nicht vergessen werden, daß in einer Zeit, wo das Wirtschaftsleben am Ausgang einer Krise sich abwickelte, Vorteile der bezeichneten Art doppelt hoch geschätzt werden müssen. Unser Verband durchlebte eine solche Zeit zum ersten Male. Es ist trotzdem möglich gewesen, eine so stattliche An-

Blumenpflege und Gessittung.

Von P. Bach.

„Der König Salomon mit all seiner Pracht war nicht gekleidet wie eine der Lilien.“ Dieses Wort aus dem Munde des Weltkennandes kommt mir in den Sinn, wenn ich mitten im Winter meine Liliën betrachte. Auf hellgrünem, schwankem Stengel wiegt sich die mächtige Dolbe mit den feurigen, mennig-roten Blüten. Wie eine Königin prangt die stolze Ananias zwischen zwei Primula sinensis, die freundlich beiseite mit ihren roten Blumenaugen zu uns herübergrüßen. Bereits sechzehn Monate stehen diese dankbaren Pflänzchen ununterbrochen in Blüte und haben mit mir Calia, Olivia und Pelargonium schon zweimal ein Stück Frühling in mein Arbeitszimmer hineingezaubert. Als treue Beschützerin der reinen Blüten breitet eine hohe Phönix reclinata ihre mächtigen Blattfieder darüber aus.

Doch ich wollte nicht von den Blumenkindern meiner Arbeitsstube reden, sondern vielmehr von dem Einflusse, den die Betrachtung der Blumen und die Blumenpflege auf Gemütsbildung und Gesinnung des Volkes ausüben.

Der Arbeiter bezweckt als solcher das Nützliche, er sorgt für das materielle Bedürfnis unseres Lebens. Der Gärtner ist darauf bedacht, zu diesen materiellen Dingen durch feinere Gänge, die Baumfrüchte, süße Beeren usw. das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Höher als beide in der Rangordnung steht der Beruf des Blumengärtners. Er hat die Aufgabe, durch die Schönheit und den Farbenreichtum seiner Pflanzungen in uns unangenehme Zustände zu lösen, zu heben, zu erheitern, zu er-

unbeschreiblichen und unzähligen Reize der Blumen“ sagt ein gelehrter Blumenfreund, „macht die Natur ihre symbolische Heidendeuterei in allgemeinen Axiomen kund, sie liefert zu dem Worte, daß es lesbar werde, die Konsonanten sind der menschliche Geist die Vokale.“

Durch die Blumen werden schon die kleinen Kinder aus ihren Wohnungen nach den Wiesen gelockt, und ein jedes wählt sich hier die Blümchen, die seinem Geschmack am besten zusagen. Das eine greift nach dem brennenden Gelben oder der glühenden Rote, das andere nach dem zarten Farbenschnitz. Sie sammeln einen bunten Strauß, um auf diese Weise die Schönheiten der Blumen persönlich sich anzueignen. Dem Naturbeobachter kommt es vor, als belebe ein edler Wettetzer die Blumen, die Liebe der Menschen sich zu gewinnen, namentlich die vielen Rosenarten scheinen in dieser Hinsicht besonders sich auszuzeichnen. Wer vermöchte diese Mannigfaltigkeit ihrer Formen und ihrer bunten Farben zu beschreiben? Menschenfreundlich begleitet uns die Rose, wohnen wir uns auch zerstreuen mögen, nach allen Hosen und allen Klimaten, zu allen Jahreszeiten erwidert sie dienstfertig die ihr gewidmete Wartung und Pflege.

Die Natur verbirgt uns ihre schönen Erzeugnisse nicht, sie will sie uns zeigen, damit wir uns daran erfreuen. Darum hat sie ihre Werkstätte unter freiem offenem Himmel. Und so hat auch der ländliche Blumenfreund sein Blumengärtchen an der Landstraße angelegt, um die Vorübergehenden zum Mitgenusse einzuladen. Die schlanken Lilien winken auf den letzten Hauch der Luft dem Wanderer im Namen ihres Herrn und Meisters Grüße zu, Well-

chen, Rosen, und Reseda spenden jedem ihren süßen Duft, der in ihre freundliche Nähe kommt. Und der städtische Blumenfreund bepflanzt ein paar mit Erde gefüllte Töpfe — oft sein ganzer Grundbesitz — mit Raktus, Monatsrosen, Fuschien, Pelargonien, Rosmarin und dergleichen und stellt jeden Morgen seine Liebhaberei an das Strafenfenster zur Schau. Er tut es nicht, um mit seinen Lieblingen zu prahlen; vielmehr dürfen wir in diesem Brauche ein schönes Stück jener Sozialität erblicken, die fürchtet, an den geliebten Pflegekindern sich zu versündigen, wenn sie deren Schönheit aus Eigennutz oder Eifersucht der öffentlichen Beachtung entziehen würde.

Wer wollte diesem Einflusse der Blumenbetrachtung und Blumenpflege sich entziehen? Die Eigenart der Blumen, die Gessittung der Menschen zu fördern und edler zu machen, mußte natürlich auch unser Herr und Heiland bei seiner Weltpredigt nutzbar machen, und er, der nicht eine einzige Erbscholle hatte, worauf er sein Haupt legen konnte, hat darüber beim Unterrichte seiner Schüler in einer Weise sich ausgesprochen, die zugleich seine große Liebe, welche er gegen die Blumen trug, bekundet. Sehet die Lilien, wie sie wachsen! Sie arbeiten nicht; sie spinnen nicht, und ich sage euch, Salomon mit all seiner Pracht war nicht so gekleidet, wie eine von ihnen.“ Welch ein erhellendes, nachdrucksvolles Gleichnis und Bild!

Nicht umsonst schenkt unsere Volksschule der Blumenpflege, als einem trefflichen Erziehungsmittel eine ganz besondere Beachtung. Haben doch sehr oft, gelegentlich bei amtlichen Konferenzen, Lehrerinnen mir gegenüber dahin sich ausgesprochen, daß man aus der Pflege der den Kindern überwiegenen Blumen

zahl von Erfolgen für die Mitglieder herbeizuführen und dabei auch für die kommende Hochkonjunktur durch Vermehrung des Verbandsvermögens auf 900 000 Mark eine sichere Unterlage zu schaffen, zur Eringung neuer Vorteile. Diese Tatsache beweist, daß der christliche Metallarbeiterverband eine Berufsorganisation darstellt, die im modernen Wirtschaftsleben ernst genommen werden muß.

Die christlichen Metallarbeiter haben es selbst in der Hand, sich die Vorteile des Verbandes zu eigen zu machen. Auch die Mitglieder, welche im vergangenen Jahre ihre Hoffnungen vielleicht nicht erfüllt haben, mögen energisch mithelfen neue Mitglieder zu werben, um die Reihen der christlichen Metallarbeiter zu stärken, das ist die Vorbedingung zu neuen Erfolgen. Je größer unser Einfluß wird in Werkstatt und Fabrik, im kleinen Standort wie in der Großstadt, um so erfolgreicher können wir wirken zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Darum christliche Arbeiter, mit neuem Mut ans Werk, für unsere gemeinsame große Sache!

Zur Generalversammlung.

Am Vorbergrunde des Interesses anlässlich der diesjährigen Generalversammlung steht die Reform der Erwerbslosenunterstützung. Aus den vorausgegangenen Berichten im Organ ist die Notwendigkeit dieser Reform zu ersehen. Wenn bisher von der Erwerbslosenunterstützung die Rede war, so faßte man Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zusammen, obgleich ein großer Unterschied zwischen beiden Unterstützungskarten besteht. Die Arbeitslosenunterstützung ist eine rein gewerkschaftliche Unterstützung. Dieselbe soll nicht nur den Zweck haben, dem Arbeitslosen eine Unterstützung zu gewähren, sondern sie soll und muß auch dazu dienen, die Schmutzkonturrenz zu unterbinden. Sie soll den Arbeitslosen davor schützen, seine Arbeitskraft zu billig verkaufen zu müssen. Ferner muß in Betracht gezogen werden, daß der Arbeitslose nur auf die eine Unterstützung angewiesen ist, wenn keine Krankenkasse vorhanden ist. Auch ist die Länge der Mitgliedschaft anders zu bewerten. Je älter der Arbeitslose ist, desto schwerer hält es für ihn, Arbeit zu bekommen.

Aus all diesen Gründen soll die Art der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit eine andere sein, als wie bei Krankheit. Bei der notwendigen Reform muß das nicht aus dem Auge gelassen werden.

Die Krankenunterstützung ist keine gewerkschaftliche Unterstützung, sondern sie ist mehr Mittel zum Zweck. Trotzdem hat dieselbe, wie aus den Bilanzen der Hauptkasse zu ersehen ist, die Verbandskasse am meisten beansprucht. Das kranke Mitglied ist nicht allein auf den Verband angewiesen, sondern an erster Stelle kommt die Krankenkasse in Betracht. Auch haben die Krankenkassen ihre Leistungen bedeutend ausgebaut und es muß unsere Aufgabe sein, auf diesem Gebiete tätig mitzuarbeiten. Das wird unstrittig der Gesamtheit mehr von Nutzen sein, als ein Ausbau der Krankenunterstützung innerhalb der Gewerkschaft. Auch ist ein großer Teil der Mitglieder noch in einer Zuschußkasse versichert. Die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse muß Hauptaufgabe der Gewerkschaft bleiben, damit schaffen wir von selbst einen gesunden Arbeiterstamm.

Unsere am 8. Mai gut besuchte Generalversammlung beschloß einstimmig, folgenden Antrag auf Aenderung der Erwerbslosenunterstützung an die Generalversammlung zu stellen:

Antrag der Ortsgruppe Würfel.

Die Generalversammlung wolle beschließen, die Höhe und Dauer der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit in der 2. Beitragsklasse wie folgt festzusetzen:

Unterstützung.

A. bei Arbeitslosigkeit nach dem 7. Tage.			
nach 52 Wochen	pr. Tag	pro Woche	Bezugszeit
156	1.—	7.—	13 Wochen lang
260	1.50	10.—	13 Wochen lang
260	2.—	14.—	20 " "
B. bei Krankheit nach dem 14. Tage.			
nach 52 Wochen	pr. Tag	pro Woche	Bezugszeit
156	1.—	7.—	13 Wochen lang
260	1.17	8.—	13 " "
260	1.33	9.—	20 " "

Die Höhe und Dauer der 1. und 3. Klasse in ein diesem Antrage entsprechendes Verhältnis zu bringen.

In den Karenzwochen bei Erwerbslosigkeit sind den Mitgliedern beitragsfreie Marken zu geben.

Ein weiterer, schon oft erwähnter Punkt ist die Agitation unter den jugendlichen Arbeitern. Hier findet der Satz Berücksichtigung: „Es sind der Worte genug geschrien, laßt endlich Taten sehn“. Wir dürfen es nicht damit genug sein lassen, daß ab und zu in einem konfessionellen Verein über dieses Thema ein Vortrag gehalten wird, sondern es muß System in die Sache kommen. Die Ortsgruppen müssen durch Fragebogen die Zahl der vorhandenen jugendlichen feststellen und darauf praktisch weiterarbeiten.

Am Ende dieser Fragebogen läßt sich dann leicht eine Hausagitation machen. Weiter empfiehlt es sich, kurz vor der Agitation dem jugendlichen ein dementsprechendes Schriftstück zuzustellen. Wir haben an zwei Sonntagen durch diese Arbeit 25 jugendliche Mitglieder aufgenommen. Bezüglich der Versammlungspraxis stimme ich mit dem Einverständnis in Nr. 19 unseres Organs vollständig überein. Was aber zu denken Anlaß gibt, ist die Gründung von Jugendabteilungen. Nicht die schönen Namen von Abteilungen und Komitees tun was an der Sache, sondern die Hauptsache ist, daß etwas gemacht wird. Man hat schon so viel gegründet aber wo ist der Erfolg?

Es möge einem jungen Kollegen erlaubt sein, zu unserer Generalversammlung sich auch zu einer Frage zu äußern. Es ist die Jugendfrage. Wir müssen leider konstatieren, daß wir aus den jungen und jugendlichen Arbeiterkreisen nur einen sehr spärlichen Zuwachs erhalten. Hier muß unbedingt Abhilfe geschafft werden. Doch wie?

Sollen wir es machen wie die Sozialdemokratie, die nur durch Klimbing die Jungen bei der Stange hält? Oder sollen wir im Falle der Erfolglosigkeit gütlichen Zuredens zum Zwange übergehen, die jungen Leute gewalttätig in den Verband zwingen? Mögen die Genossen das tun. Wir verwerfen solche Mittel und müssen versuchen, unsern Zweck auf andere Weise zu erreichen.

Eins können wir aber von der Sozialdemokratie in der Jugendgewinnung lernen. Das ist der Eifer, mit welchem die Genossen die Agitation betreiben.

Von München wurde in Nr. 19 berichtet, daß man dort nach einem Referat über die Jugendfrage dazu überging, eine Jugendsektion für das Metallgewerbe zu gründen. Dadurch wird wohl in München der Jugendfrage mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Doch das ist nur ein Ort. Wollen wir aber, daß auf der ganzen Linie vorgegangen wird, dann muß die Agitation einheitlicher gestaltet werden. Es wurde in einer Beschrift schon vorgeschlagen, einen Kollegen ausschließlich dafür frei zu stellen. Diesem Wunsch kann ich mich nur anschließen. Hier liegt der Kernpunkt in der Lösung der Jugendfrage. Wird ein Kollege freigestellt, der es versteht, mit den jungen Kollegen in jeder Ortsgruppe im engen Zusammenhalt zu bleiben, ihnen mit Rat und Tat beizustehen, kurz, auf Grund seiner Erfahrungen das Ganze zu leiten weiß, wird und muß ein Erfolg zu verzeichnen sein.

Mögen die Delegierten in diesem Jahre gerade der Jugendfrage ihre Aufmerksamkeit schenken. Scheue man keine Auslagen, denn wer auf die Jugend verzichtet, verzichtet auf sich selbst, verzichtet auf die Zukunft. Lege man beim Beginn des zweiten Jahrzehnts Grundlinien für die weitere Entwicklung unseres Verbandes, indem wir uns die Jugend sichern.

W. W. Dittburg-Laar.

Die bevorstehende Generalversammlung unseres Verbandes hat sich mit einer äußerst wichtigen Frage, nämlich mit der Jugendgewinnung zu befassen. Unstrittig ist dies eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit, weil auf die Jugend sich unsere ganze Zukunft stützt. In Nr. 19 des Organs haben schon einige Kollegen ihre Meinung kundgetan. Der Kollege W. F. macht den Vorschlag, eine Centralstelle zu schaffen, die sich ausschließlich der Jugendorganisation widmen soll. So gut der Gedanke ist, kann er m. E. zur Zeit nicht verwirklicht werden, weil der Unterbau dieser Einrichtung zu kompliziert wird. Vertikale Komitees könnten nur in größeren Ortsgruppen gebildet werden, dies ist auch jetzt möglich, ohne Centralstelle und die Erfahrungen, die so gewonnen werden, können die Grundlage zur weiteren Ausgestaltung bilden.

Meine Sympathie findet schon der Vorschlag von Kollege W. G. betreffs Jugendabteilungen. Dieser Gedanke kann fast überall verwirklicht werden, auch könnte in den Versammlungen der Jugend mal die Vertikalität zum Recht kommen. Dieses könnte auch Inbezug auf die Arbeiterinnen erprobt werden. Entschieden bin ich gegen Bildung einer neuen 10 bis 15-Pfg.-Klasse für die Jugendlichen. Wir haben schon genügende Staffelung der Beiträge. Arbeiterinnen und Jugendliche zahlen laut Statut die Hälfte. Wir hätten somit eine 20-Pfg.-Klasse, weil man den letzteren die Lokalbeiträge vielleicht schenken kann.

Von Bedeutung sind auch Branchensektionen, weil dadurch besseres statistisches Material über die betreffenden Branchen zu erhalten ist.

Nun ein Wort zu den Unterstützungen. Meines Erachtens ist es die Erwerbslosenunterstützung, die reformiert werden muß. Ich mache deshalb folgenden Vorschlag: Nach 1-jähriger Mitgliedschaft erhält das erwerbslose Mitglied pro Woche 6 Mark wie bisher, jedoch nur für die Dauer von 15 Wochen. Die weiteren Karenzzeiten betragen 78 Wochen. Der Unterstützungssatz steigt nach jeder Karenzzeit um 1 Mark pro Woche und die Dauer der Unterstützung wird um 1 Woche verlängert bis zum Höchstbetrag von 10 Mark pro Woche und zur Höchstdauer von 20 Wochen. Selbstverständlich gilt diese Berechnung beim 60 Pfg.

auf das Gemüt und den Ordnungssinn der Schülerinnen schließen könne, und daß diejenigen Mädchen, die ihre Blumen am liebevollsten und sorgfältigsten pflegten, auch im übrigen in und außerhalb der Schule durch Gestalt und Wohlerzogenheit der Regel nach vor den anderen sich auszeichneten.

Ich gehe einen Schritt weiter, wenn ich nach meiner, durch langjährigen Umgang mit der Landbevölkerung gewonnenen Überzeugung die Behauptung aufstelle, daß nicht nur bei einzelnen Familien, sondern bei ganzen Gemeinden die Herzens- und Verstandesbildung mit der Liebe zu den Blumen und der Pflege der letzteren in wechselseitiger Verbindung stehen. Die Natur, diese sinnbildliche Anschauung eines geistigen Ideenreiches, erfüllt ihre erhabene Bestimmung, durch ihre mannigfaltigen und wunderbaren Gebilde in den Menschen edle Gesinnungen zu erwecken, vornehmlich und am meisten durch die Liebreize, womit sie ihre Frühlingstünder geschnitten hat. Die unzähligen Familien der Blumen erwecken durch ihre mannigfachen geometrischen Formen, durch die Harmonie ihrer Farben, oder durch ihre eigenartige Zeichnung in uns das Wohlgefallen an dem Schönen und stimmen unser Herz und Gemüt zur Andacht und Liebe gegen den Schöpfer, der sie mit all diesen Reizen geschnitten hat. Und wenn ein erhabenes Kaiserwort die Wichtigkeit des Zusammenhanges für die Gestaltung des Volkes besonders betont hat, so darf man von der Anleitung unserer Jugend zur sinnigen Naturbeobachtung, zur Gärten- und Blumenpflege, gewiß eine nicht minder günstige Einwirkung auf Gesinnung und Gestaltung erwarten.

Welchen Einfluß aber die Blumenpflege in Ver-

bindung mit der Gartenarbeit selbst auf gewissenmaßen verrohten Gemütern zu üben vermag, dafür möge eine Erfahrung, die ich vor etwa 30 Jahren in meiner Heimat im Siegerlande zu machen Gelegenheit hatte, den Beweis liefern:

Mitte der siebziger Jahre errichtete die Firma Friedrich Krupp auf Grube E. . . zahlreiche Arbeiterwohnungen, 45—50 an der Zahl. Diese Wohnungen wurden von Arbeiterfamilien bezogen, die aus den verschiedensten Gegenden und Ländern hier zusammenkamen. Wer an diesen Häusern vorbeiging, mußte von den Bewohnern der Regel nach einen widerlichen Eindruck mit nach Hause nehmen. Fluchend, schreiend und lärmend folgten sie die oft bis zum Giebel schmutzigen Kinder auf der Straße herum, die Frauen klatschten oder zankten mit einander, während die Männer, die nachmittags 2 Uhr von der Schicht kamen, Schnaps trinkend vor der Tür saßen und die Vorübergehenden mit rohen und oft unflätigen Reden belästigten. Mein Weg führte täglich an dieser „Kolonie“ vorüber, und ich bin oft, um Unannehmlichkeiten auszuweichen, einen Umweg gegangen.

Als ich aber nach einer Abwesenheit von etwa vier Jahren wieder dort vorüberkam, bot sich mir ein ganz anderes Bild. Die Männer arbeiteten im Garten, die Frauen griffen kräftig mit zu, die Kinder sahen viel sauberer aus als früher und die lange Reihe der Häuser glied an der Frontseite einem einzigen großen Blumenfenster. Von Belästigung des die Straße passierenden Publikums war keine Rede mehr. Und wie hatte diese hocherwartete Umwandlung sich vollzogen? Einfach so: Die Firma Krupp hatte das hinter den Wohn-

häusern gelegene Gelände angekauft, jeder Arbeiterfamilie einen entsprechenden Teil als Gärtchen angewiesen und auf die Blumenpflege eine besondere Prämie gesetzt.

Ein hochangesehener Pfarrer sagte einmal zu mir: „Wenn ich sehen will, wie es in einer kleinen Landgemeinde um die Sitten bestellt ist, so besuche ich außer der Kirche den Friedhof. Sind die Gräber hübsch sauber gehalten und sinnig mit Blumen geschmückt, so weiß ich, daß es um die Gemeinde nicht schlecht steht, der Sinn für Blumen und Blumenpflege bürgt mir dafür.“

Es wird wohl nicht leicht jemand das Gegenteil behaupten wollen, wenngleich der Wechselverkehr zwischen den städtischen Gefühlen und der Liebe zu den Blumen und ihrer Kultur nicht als unbedingtes Ausnahmssymbol anzusehen ist. Es gibt Städteleute, die gute und tugendhafte Menschen sind, wenn schon sie niemals mit der Blumenpflege sich befassen haben, und ebenso sind unter den Bandleuten schöne Seelen nicht selten, deren Auge durch Armut und Not zu tief niedergedrückt ist, um zum freien Genuße der Blumen sich erheben zu können.

Ueber die sinnige Beziehung vieler Blumen zum menschlichen Leben und zu den Ereignissen und Schicksalen besitzen wir reiches Material: ich hier nicht zu reden, ich erinnere nur an den Akelei, die Rose, den roten Fingerhut, den Rosmarin, die Myrte, die Nelke, das Veilchen, das Eisenkraut, das Bergfarnkraut, das Nagelblümchen, die Glockenblume und andere. Freudlich begleiten sie uns durch das Leben und schmücken darüber hinaus in unserem letzten Garten das Plätzchen, wo wir bereinst eingebettet werden, um zu einem schöneren Leben zu erwachen.

Beitrag. Ich glaube, daß im Interesse der Hauptaufgabe des Verbandes, Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Vorschlag wohl diskutabel ist. Was nützen uns schließlich hohe Unterstüßungen, wenn wir auf wirtschaftlichem Gebiete schwachmatt gefestigt werden? Ueberall sehen wir hier Nistungen zum Kampfe. Da heißt es Vorbeuge treffen. Wögen deshalb die Kollegen, denen bessere statistische Angaben zu Gebote stehen, meinen Vorschlag bahntgehend einer Nachprüfung unterziehen. R. S.

Mit der Beratung von Anträgen zur Generalversammlung unseres Verbandes beschäftigte sich die gut besuchte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin am 8. Mai Kollege Julius Goeb legte in einem übersichtlichen Referat die eigentlichen Aufgaben unserer Organisation dar. Ihr Zweck ist zunächst die Eringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und Einführung tariflicher Arbeitsverträge. Der Reaktivierung dieser Aufgaben stellen sich viele Schwierigkeiten entgegen. In den deutschen Unternehmerverbänden seien circa 197 000 Firmen unter teils außerordentlich scharfmacherlichen Leitungen organisiert. Diese organisierten Unternehmer beschäftigten etwa 3 1/2 Millionen Arbeiter. Durch Inzentrung von Riesenausperrungen wolle man jeglichen gewerkschaftlichen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen gewaltig unterdrücken. Was wir jetzt im Baugewerbe sehen, wo etwa 100 000 Arbeiter ausgesperrt sind, ohne auch uns bevorstehen. Gerade in der Metallindustrie, wo ungeheure Kapitalmassen in Riesenunternehmungen zusammengeballt sind, führen die schlimmsten Scharfmacher und Arbeiterfeinde. Für das, was uns in Zukunft bevorsteht, müssen wir uns wappnen. Gewerkschaftliches Kriegsmaterial sei, neben einem großen guldiziplinierten Kämpferheer, eine starke Verbandskasse. Es fragt sich nun, ob wir bei unsern heutigen Beiträgen und Unterstüßungen in der Lage seien, eine so starke Verbandskasse zu bekommen, daß sie den Zukunftsaufgaben genügt. Diese Frage muß verneint werden. Die Erwerbslosenunterstüßung bei Krankheitsfällen, die einen nicht gewerkschaftlichen Charakter hat, habe unsere Verbandskasse, wie aus dem vom Zentralvorstand veröffentlichten Zahlen hervorgehe, viel stärker belastet, als die anderen gewerkschaftlichen Unterstüßungsarten. Das Beste wäre ja, wenn diese Unterstüßungsarten auf der nächsten Generalversammlung aufgehoben würden. Aus Rücksicht auf die Konkurrenz müsse man jedoch daran festhalten. Da wäre jedoch sehr zu wünschen, daß die Steigerungsraten von einem auf zwei Jahre angelegt würden, daß ferner auch die Wartezeit auf 78 Wochen erhöht werde.

Im Anschluß hieran wies der Referent dann noch auf eine Ungerechtigkeit im Unterstüßungswesen hin, die dringend der Beseitigung bedürfe. Es handle sich um das Mißverhältnis zwischen den Leistungen des Verbandes bei Kollegen, die erst ein Jahr zum Verband gesteuert, und bei solchen, die fünf Jahre gesteuert haben und in die Lage kommen, Erwerbslosenunterstüßung beziehen zu müssen. Der Kollege, der ein Jahr Mitglied ist, und 52 x 0,60 M. = 31,20 M. gekostet habe, kann 120 Mark Erwerbslosenunterstüßung oder fast 400 % mehr als sein Einsatz beträgt aus der Verbandskasse herausholen. Im Gegensatz hierzu kann ein Kollege, der fünf Jahre, oder 260 Wochenbeiträge = 156 M. geleistet hat, nur 200 Mark an Erwerbslosenunterstüßung, oder nur 30 % mehr als sein Einsatz beträgt, erheben. Hier ist unbedingt eine Beschränkung bei den untern Klassen zu Gunsten der Verbandskasse nötig. Es wurde sodann folgende Resolution zur Debatte gestellt.

Die Ortsgruppe Berlin erachtet die gegenwärtigen verbandstatutarischen Beitragsleistungen und Unterstüßungseinrichtungen für ungerecht und revisionsbedürftig, 1. deshalb, weil Mitglieder nach 52 Beitragsleistungen in der Lage sind, den 4fachen Betrag ihres Einsatzes an Erwerbslosenunterstüßung zu beziehen. Für langjährige Verbandsmitglieder verhält sich das Verhältnis zwischen Einsatz und Unterstüßungsleistungen von Jahr zu Jahr, so daß ein Mitglied, welches 5 Jahre gesteuert hat, nur noch 1/4 mehr als es eingezahlt hat, an Erwerbslosenunterstüßungen beziehen kann. Hier eine der Gerechtigkeit entsprechende Regulierung nach unten, zu Gunsten der Verbandskasse vorzunehmen, muß eine der ersten Aufgaben der nächsten Verbandstage sein.

2. Erachtet die Ortsverwaltung Berlin die Erwerbslosenunterstüßung bei Krankheit als keine eigentliche gewerkschaftliche Einrichtung. Diese Unterstüßungsart, welche die Verbandskasse noch stärker belastet, als die Arbeitslosenunterstüßung, läßt uns im Emanzipationskampf und muß in besonderem Maße beschnitten werden. Wenn die Ortsverwaltung davon absieht, in diesen Punkten direkt Änderungsanträge an den Verbandstag zu stellen, so geschieht dies aus agitatorischen Gründen gegenüber Konkurrenzverbänden.

Die Diskussion war lebhaft. Die Kollegen Finger, Kraneser und Brecher warnten vor zu starken Änderungen unter Hinweis auf die Konkurrenz. Sie rieten, Steigerungsraten und Karenzzeit so zu regeln, wie es zur Zeit im roten Verband sei, soweit die Arbeitslosenunterstüßung in Frage kam. Sie

schlugen ferner vor, die Erwerbslosenunterstüßung bei Kranken auf die Hälfte der Sätze zu reduzieren.

Kollege Springer schlug vor, alles beim alten zu lassen und lieber den Beitrag zu erhöhen.

Kollege Schmauß ist für Verlängerung der Steigerungsraten auf zwei Jahre und will es im übrigen beim Alten belassen. Beschlossen wurde gegen eine Stimme; an die Generalversammlung den Antrag zu stellen: die Steigerungsraten auf zwei Jahre festzusetzen und die Karenzzeit für Ausgesteuerte auf 72 Wochen zu bemessen.

Ferner wurde einstimmig die von Kollege Goeb vorgelegene Resolution angenommen und der Generalversammlung als Material überwiesen.

Kollege Winter gab seiner Freude Ausdruck über die gute, von wahrhaft gewerkschaftlichem Geist zeugende Stimmung, welche aus den Ausführungen des Referenten wie der Diskussionsredner zum Ausdruck kamen. J. M.

Immer näher rückt die Zeit, in der die Generalversammlung stattfinden soll. Der Wichtigkeit derselben wegen ist es notwendig, daß ihr seitens der Kollegen reges Interesse entgegengebracht wird, daß möglichst viele sich an der Vorberatung beteiligen. Nach der Richtung hin möchte ich mir auch einige Bemerkungen erlauben.

Zuerst möchte ich mich mit dem Kollegen W. G. einverstanden erklären, in der untersten (10 Pfg.) Klasse eine 6wöchentliche Unterstüßung auf Grund einer Beitragserhöhung einzuführen.

Wohl muß es unsere Aufgabe sein, die Verbandskasse zu stärken, aber dem Antrag, die Karenzzeit von 52 auf 78 Wochen zu erhöhen, möchte ich nicht zustimmen. Ich befürchte, daß uns dadurch agitatorische Hindernisse erwachsen. Das Hauptaugenmerk vieler Arbeiter ist eben auf ein frühes Eintreten der Bezugsberechtigung hingewandt. Sodann dürfte eine Karenzzeit von 52 Wochen auch lange genug sein. Gerade beim Arbeiter ist es leicht der Fall, daß Krankheiten manchmal in kurzer Reihenfolge auftreten. Da würde eine längere als 52wöchige Karenzzeit den Arbeiter und seine Familie empfindlich treffen. Wenn Unterstüßung und Beitrag nicht im richtigen Verhältnis steht, möchte ich bitten, den Beitrag um 5 Pfg. zu erhöhen.

Bei der Arbeitslosenunterstüßung könnte die Dauer der Unterstüßung reduziert werden. Es würde dadurch ein gewisser Zwang ausgeübt, sich möglichst rasch wieder um Arbeit zu bemühen.

Ferner möge sich die Generalversammlung mit der für unsere Zukunft so wichtigen Jugendfrage beschäftigen, überhaupt durch ihre Beratungen der Entwicklung unseres Verbandes neuen Anstoß geben. J. S.

Anträge zur Generalversammlung.

Guben.

Die Generalversammlung möge beschließen, die Wahlvorstände aus den zu einem Wahlbezirk vereinten Ortsgruppen zu bilden und nicht wie jetzt die Stellung des Wahlvorstandes der größten Ortsgruppe zu überlassen.

Begründung: Es kommt vielfach vor, daß die Delegierten aufgestellt werden, ohne sich mit den einzelnen kleineren Ortsgruppen ins Benehmen zu setzen. Dadurch wird vielfach die Gefahr der Stimmenzerpflünderung herausbeschworen und ein einmütiges Resultat bereitet. Sodann ist es auch ausweislich, daß die tüchtigsten Kollegen immer nur in der größten Ortsgruppe sitzen. Deshalb wäre es gut bei der Bildung des Wahlvorstandes möglichst viele Ortsgruppen des Wahlbezirks zu berücksichtigen.

Furtwangen.

Antrag: Die Generalversammlung möge beschließen, die Unterstüßungszeit bei Krankheit von 20 auf 15 Wochen, die Unterstüßungssumme selbst von 120 auf 90 M. herabzusetzen. Die Karenzzeit soll dieselbe bleiben und auch langjährigen Kollegen die alten Sätze nach den alten Bestimmungen gezahlt werden.

Begründung: Gerade die Krankenunterstüßung legt der Verbandskasse die größten Opfer auf. Das ist verkehrt, da die Kasse vorwiegend Kampffonds sein soll. Es ist deshalb nötig, hier einen Riegel vorzuschleichen. Dadurch würde auch die schamlose Ausbeutung der Kasse durch unlautere Elemente erschwert.

Entlingen.

Antrag: Die Generalversammlung möge beschließen den § 76 des Statuts betreffend Krankenunterstüßung dahin abzuändern, daß die 14tägige Karenzzeit auf 8 Tage reduziert wird.

Begründung: Wir haben gerade hier mit der betrübenden Tatsache zu rechnen, daß in vollständiger Verkennung der Zwecksetzung der Organisation die Genossen bei der Agitation nur auf Grund der Unterstüßungseinrichtungen vorgehen. Wir sind deshalb hier leider gezwungen, diesen Weg an den Egoismus mitzumachen, wenn wir vorwärts zu gehen wollen. Im Hinblick darauf

möge es agitatorisch für uns günstig, wenn auch wir, wie der sozialdemokratische Verband, Krankengeld schon vom 8. Tage an bezahlen.

Saarbrücken.

Antrag 1: Die Generalversammlung wolle beschließen, den § 13 des Statuts wie folgt umzuändern:

1. Bei Sterbefall eines Mitgliedes oder dessen Ehefrau kann an Sterbegeld gewährt werden:

nach zweijähriger Mitgliedschaft 30 Mark, steigend alle zwei Jahre um 5 Mark bis zum Höchstbetrag von 50 Mark.

2. Dasselbe wird an die Mitglieder oder die Hinterbliebenen gegen Vorzeigung der Sterbeurkunde usw. usw. (wie bisher).

Begründung: Dadurch, daß auch beim Sterbefall der Ehefrau ein Sterbegeld bezahlt wird, werden die Frauen mehr wie bisher an unserer Sache interessiert. Auch dürfte das Mitglied beim Tode der Frau in der Regel eine Unterstüßung sehr notwendig haben. Neue finanzielle Lasten werden, da der Höchstbetrag des Sterbegeldes nur 50 Mark, statt wie bisher 100 Mark betragen soll, der Hauptlaste nicht erwachsen.

Antrag 2: Im Statut einen neuen Paragraphen einzufügen, wonach den Generalversammlungen der Ortsverwaltungen und Zahlstellen das Recht zugebilligt wird, besondere, außerhalb des Statuts liegende Bestimmungen zu beschließen, wodurch der Verband in Unterstüßungsfragen vor eventueller, unberechtigter Ausbeutung geschützt werden kann. Derartige Beschlüsse sollen der Genehmigung des Zentralvorstandes bedürfen.

Begründung: In benachteiligten Bezirken, wo Knappschafts- und Pensionskassen bestehen, wird durch dieartigen Mitglieder, welche infolge hohen Alters, Invaldität usw. pensioniert werden, und 25 Wochen hindurch vorher krank feiern müssen, unsere Erwerbslosenunterstüßung bei Krankheit ungerichtet in Anspruch genommen, so daß es notwendig ist, daß einzelnen Ortsverwaltungen das Recht zuerkannt wird, in solchen Fällen besondere Bestimmungen zum Schutze der Verbandskasse zu erlassen.

Bromberg.

Antrag 1: Der große ostdeutsche Bezirk ist so einzuteilen, daß speziell der Osten einen Beamten erhält.

Begründung: Bisher war es dem Bezirksleiter unmöglich, sich den einzelnen Ortsverwaltungen so zu widmen, wie es notwendig war. Der Sitz des Bezirksleiters von den Zahlstellen und letztere wiederum von einander liegen erheblich entfernt. Weiter: Den Mitgliedern ist es besonders im Sommer bei einer Arbeitszeit tagsüber von 12-15 Stunden unmöglich, sich so der Agitation hinzugeben, wie es im Interesse des Verbandes notwendig wäre. Auch sind unsere Kollegen zum größten Teil noch nicht so weit gefestigt, daß sie bei gegnerischen Angriffen die Interessen unseres Verbandes energisch vertreten können. Auch geht es schlecht, den Bezirksleiter öffentlicher Versammlungen wegen nach hier oder noch weiter hinaus nach Ostpreußen kommen zu lassen, da letzteres ohne Zweifel mit größeren Kosten verknüpft ist. Es kommt noch hinzu, daß die öffentliche Meinung noch nicht recht überzeugt sind. Sie betrachten liegt darin, daß wir bisher nicht recht an die Öffentlichkeit kamen. Dem Bezirksleiter wird es auf die Dauer bei der bisherigen Einteilung des Bezirkes unmöglich, die angeführten Mängel zu beseitigen und ist es darum dringend notwendig, im Interesse des Verbandes einen Beamten für die Ostprovinzen, mit dem Sitz in der Ostmark anzustellen.

Antrag 2: Die Beiträge, Unterstüßungssätze und die Karenzzeit zum Empfange von Unterstüßungen dürfen speziell für den Osten, keinerlei Änderungen erfahren.

Begründung: Die Löhne sind hier sehr schlecht. Die Agitation in den gemischtsprachigen Landesteilen ist schwierig, zumal die Metallarbeiter des Ostens von den Aufgaben des Verbandes noch nicht recht überzeugt sind. Sie betrachten den Verband zum Teil als Unterstüßungsverein. Aus diesem Gesichtswinkel heraus muß auch meist die Agitation betrieben werden. Die gegnerischen Organisationen gehen denselben Weg, indem sie noch mit höheren Unterstüßungen agitieren, wie wir. Diese Tatsachen lassen die Beibehaltung des jetzigen Zustandes als ratsam erscheinen.

Nürnberg.

Die Generalversammlung möge beschließen: die Steigerungsraten bei Erwerbslosenunterstüßung betragen künftig 2 Jahre.

Begründung: Gegenüber den hohen Aufwendungen für Erwerbslosenunterstüßungen muß nach Möglichkeit danach gestrebt werden auch für die Zukunft die notwendigen Reserven für Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sichern. Zudem muß die nächste Zeit auch agitatorisch besser ausgenutzt werden, wodurch wieder höhere Ausgaben entstehen. Nachdem jedoch eine einschneidende Aenderung nach so kurzer Zeit nicht angezeigt ist, kann durch Beschränkung gemäß dem obigen Antrag der Verbandskasse eine Summe von

10 bis 15000 Mark jährlich für obige Zwecke erübrigt werden.

Eine Schmälerung der bisherigen Anrechte tritt damit nicht ein, sondern nur ein langwieriger Anstieg der Unterstufungsanrechte bei Erwerbslosigkeit. Für die Agitation ergeben sich daraus keine Schwierigkeiten; zudem hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband auf seiner jüngsten Generalversammlung beschlossen, die Summe ließe sich schon manches im Interesse der Verbandkollegen ins Werk setzen.

Ostenburg.

Antrag 1: Die Generalversammlung wolle beschließen: „Neuaufgenommene Mitglieder erhalten eine Duktionskarte, und erst nach 52 Wochen ein Mitgliedsbuch. Das Mitgliedsbuch ist künftig ohne Statut zu liefern.“

Begründung: Unter 52 Wochen wird in der Regel noch keine Unterstufung gezahlt, und deshalb genügt auch eine Duktionskarte. Außerdem gehen im Laufe des ersten Jahres viele wieder dem Verbandsverband verloren und da das Mitgliedsbuch dann wertlos ist, werden durch Einführung einer Duktionskarte die Verwaltungskosten etwas verringert. Ebenso steht es auch mit den Statuten im Mitgliedsbuch. Auch hier kann Geld gespart werden. Da fast auf jeder Generalversammlung das Statut mehr oder weniger geändert wird, so ist es eigentlich unnötig, in ein Mitgliedsbuch, welches für einen längeren Zeitraum Geltung haben soll, ein Statut einzusetzen, umso mehr als nach jeder Generalversammlung für alle Mitglieder wieder neue Statuten gedruckt werden müssen, so daß hierdurch nur doppelte Ausgaben entstehen.

Antrag 2: Am Kopfe oder am Schluß einer jeden Nummer des Verbandsorganes ein Inhaltsverzeichnis anzubringen.

Begründung: Dieser Antrag, welcher bereits auf der Münchener Generalversammlung gestellt war, bezweckt, den Kollegen, welche in der Agitation stehen, die Auffindung von Material zu erleichtern. Es wird ja jetzt am Schluß des Jahres ein Inhaltsverzeichnis geliefert. Aber im Laufe des Jahres ist die Auffindung von Material schwierig, weil man immer pendelt ist alle 8 Seiten abzuschauen, bis man den Artikel findet. Dieser Kollegen, welche, wie man in München meinte, sich dann die Innenseiten nicht ansehen würden, haben es ja so auch leicht genug; denn sie brauchen nur die Überschriften über den Artikeln zu lesen und das Blatt dann weg zu legen, wenn es ihnen nicht zusagt. Von denjenigen, die das Blatt nicht lesen, wenn das Inhaltsverzeichnis geliefert wird, ist anzunehmen, daß sie das Verbandsorgan auch so nicht lesen. Zudem werden ja schon eine ganze Reihe von Gewerkschaftsblättern, wie Zentralblatt, Brauergewerkschaft usw. mit Inhaltsverzeichnis geliefert und — gelesen, so daß die Selbsthaltung des jetzigen Zustandes auf Grund obigen Einwandes ein Armutzeugnis für uns Metallarbeiter wäre.

Nicht um an und für sich faulen Lesern in ihrer Faulheit beizustehen, sondern lediglich um den agitatorischen tätigen Kollegen eine Erleichterung zu bieten, stellen wir diesen Antrag und hoffen, daß die Generalversammlung demselben zustimmen möge umso mehr, als Unkosten damit nicht verknüpft sind.

Antrag 3: „Die Bezirksleiter sind stimmberechtigende Mitglieder der Generalversammlung. Als Delegierte sind möglichst Kollegen zu wählen, welche noch im Arbeitsverhältnis stehen.“

Begründung: Die Generalversammlungen haben ein Interesse an der Anwesenheit der Bezirksleiter, weil dieselben eventuell über diese und jene Fragen, welche ihren Bezirk betreffen, am besten Auskunft geben können. Es dürfte aber auch geraten sein, dafür zu sorgen, daß auch die Kollegen, welche in Arbeit stehen und welche doch das Rückgrat der Organisation bilden, bei der Generalversammlung ebenfalls zur Geltung kommen. Bei dem jetzigen Verhältnis ist es leicht möglich, daß bei einer Wahl zwischen Bezirksleiter und anderen Kollegen sich Reibungsflächen ergeben, die im Interesse des Verbandes am besten vermieden werden. Die finanzielle Seite dürfte auch hier wohl sehr leicht zu lösen sein, wenn eine strenge Kontrolle für die Zahlung der Delegiertensteuer durchgeführt wird. Da unsere bisherigen Generalversammlungen stets einen großen Ueberschuß in dieser Richtung ergeben haben, so dürfte auch bei einer derartigen Regelung ein Manko nicht zu befürchten sein.

Hamburg.

Die Generalversammlung wolle beschließen, die nächste Generalversammlung in Hamburg abzuhalten.

Begründung: Die bisherigen Generalversammlungen unseres Verbandes sind sämtlich im Westen und Süden Deutschlands abgehalten worden. Es ist daher recht und billig, auch den Norden Deutschlands einmal zu berücksichtigen. Auch dürfte dadurch eine Erstarkung und Festigung unseres Verbandes zu erwarten sein. Wir hoffen deshalb, daß die Generalversammlung in Duisburg unseren Antrag einstimmig zum Beschluß erheben wird.

Gewerkschaftliches.

Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“

Wird in ihren letzten Nummern mit besonderer Festigkeit wieder einmal Gift und Galle gegen die ihr verhassten „Christen“. Anlässlich einer Besprechung des badischen Gewerkschaftsberichts in Nr. 20 findet sie nach langem Schwelgen auch wieder Worte über Rheinischen. Selbstverständlich in der früheren Art und Weise; mit bodenloser Unerschrockenheit und roher Gehässigkeit wird die Angelegenheit wieder aufgerollt. Wir haben keine Ursache, die ollen Kamellen der „Met.-Ztg.“ nochmals eingehend zu wiederlegen. Das ist in früheren Nummern schon hinlänglich und gründlich genug geschehen. Wir wollen dem sozialdemokratischen Verbandsorgan nur das eine in Erinnerung zurufen, daß sich bei diesem betrübenden Kampfe niemand mehr mit Schmach und Schande bedeckt hat wie die sozialistischen Heizer und deren Presse, vor allem die „Metallarbeiter-Zeitung“, die der Streikjustiz in die Hände arbeitete und sogar ein öffentliches Lob für den Staatsanwalt über sich brachte. Es hätte deshalb keiner mehr begründete Ursache, über den Fall Rheinischen die Ähren zu schließen, wie die „Metallarbeiter-Zeitung“ und ihre verlogenen Gewährsmänner.

In Nr. 21 versucht das sozialdemokratische Verbandsorgan eine Widerlegung des Artikels „Rheinischen-Rheinhausen“ in unserer Nr. 18. Es geschieht mit denselben Argumenten — soweit sachlich überhaupt von solchen die Rede sein kann — wie im Organ der sozialdemokratischen Heizer und Maschinenisten. Diesen gequälten Versuch, sich mit dem christlichen Flugblatt aus der Schlinge zu ziehen, haben wir in der vorigen Nummer als vollständig danebengehauen und verfehlt zurückgewiesen. Unsere Antwort ist also gleichzeitig mit der Schimpfkanonade in der „Met.-Ztg.“ erschienen. Was die rote Tante aus eigenem in dem betr. Artikel bringt, ist nur eine wilde, öde Schimpferei. Ein paar Stichproben:

„Schmach“ — „Blutige Töter“ — „Schimpf- und Lügenartikel“ — „beschimpft und belogen“ — „Schwindel und Lüge“ — „Südelei des Christenblattes“ — „belogen und betrogen“ — „gemeine Schanderei des schwarzen Verbandsorganes“ — „Die schwarzen Christen“ — „Inferno, Gemeinheit, Schwindel- und Lügenhaftigkeit“ — „stilles und schütziges Unwissen“.

Diese nette Blütenlese lobiger Schimpfereien ist der deutliche Beweis dafür, daß es dem sozialdemokratischen Blatt an sachlichen Gründen mangelt. Eins sei nur kurz zurückgewiesen, weil es auch vom Heizer- und Maschinenistenverband behauptet wird, daß nämlich der Hauptartikel des „Firma Krupp“ durch das am Osterfesttag verbreitete christliche Flugblatt veranlaßt worden sei.

Das glauben die sozialdemokratischen Federheben und „Sieger“ von Rheinhausen ja selbst nicht. Man bedenke den blühenden Unfug, der darin liegt. Nach den roten Blättern müßte sich die Sache nun folgendermaßen abspielen haben: Die Kommission berichtet, daß die „Forderungen im großen Ganzen“ („Der deutsche Maschinen- und Heizer.“ Nr. 8.) bewilligt seien. Der sozialdemokratische Verbandsvorsitzende und Gauleiter feiern dies schon in der Streikversammlung am 26. März als großartigen Erfolg. Die Streikenden beschließen die Wiederaufnahme der Arbeit. Das war vorläufig. — Nachmittags nach Arbeitsluß verbreitete die Ortsverwaltung Duisburg des christlichen Metallarbeiter-Verbandes eine Versammlungseinladung in Form eines Flugblattes. Im guten Glauben auf die Berichte der sozialdemokratischen Kommission wie die Siegesbulletins der Verbandsleitung wurde der Ausgang des Streiks als Erfolg der Einigkeit und guten Organisationsverhältnisse in dem Flugblatt erwähnt.

Darauf kam dann — so behaupten es die sozialdemokratischen Verbandsblätter jetzt — der verblüffende Anschlag der Firma am Osterfesttag, daß die Arbeit zu den gleichen Bedingungen wieder aufgenommen worden sei. Die „Zugehörnisse der Firma“, die Bewilligung der „Forderungen im großen Ganzen“, der „großartige Sieg“, alles war wie mit einem Schlag weggeblasen und zwar angeblich durch das christliche Flugblatt. — So wagen es die Sozi heute mit ernster Miene darzustellen, anscheinend ohne zu merken, daß sie sich mit dieser widerwärtigen Ausflucht vor der ganzen Welt lächerlich machen. Nummer und lächerlicher hat sich noch selten ein roter Fuchs aus der Schlinge zu ziehen versucht, wie es hier geschieht.

Die Anrempelung in der Metallarbeiter-Zeitung ist darauf angelegt, in demagogischer Weise den Kernpunkt der Sache zu verschieben. Das gibt's nicht. Das Flugblatt, dem man jetzt ausschlaggebende Bedeutung zumißt, vermag an der von uns vorgezeichneten Situation nichts zu ändern. Unsere Gegenüberstellung, die Kennzeichnung sozialdemokratischer Doppelmoral, bleibt nach wie vor bestehen.

In Rheinischen sollte der christliche Beamte Engel den Erfolg überleben haben. Da fiel die ganze sozialdemokratische Meute über ihn her, verlangte seine Entfernung. In Rheinhausen wurde durch den sozialdemokratischen Beamten eine Niederlage zu einem Erfolg umgewandelt, auf den ganz Europa hinschaute. Jetzt eisiges Schweigen in der sittlich so feinfühlernden sozialdemokratischen Presse. Diese Doppelmoral nagelten wir fest und haben auch heute noch nichts zu revidieren von dem, was wir sagten. Jetzt wollen sich die Sozialdemokraten aus der Schlinge ziehen, indem sie sich auf unsere Duisburger Ortsverwaltung berufen, die die dem sozialdemokratischen Siegesbericht im ersten Stadium Glauben beigewiesen hat. Unsere Duisburger Kollegen werden daraus gewiß lernen und sich in Zukunft ängstlich hüten, einem Genossen auch nur ein Wort zu glauben. Trau, schon, wenn? — Denn sie lügen wie der Teufel und schwindeln aus Prinzip.

Kampferverband oder Unterstützungsverein.

Unter der Überschrift: „Der schwarze Kampferverband“ versucht die „Metallarbeiterzeitung“, Nr. 21, in einem längeren Artikel uns Widersprüche bezüglich der Beurteilung und Wertung des Unterstützungsvereins in den Gewerkschaften nachzuweisen. Die veruchte Beweisführung ist jedoch so gequält und gewaltiam konstruiert, daß nur unteillose Leser darauf hereinfallen können.

Den Nutzen und die Bedeutung des Unterstützungsvereins für die Gewerkschaftspraxis kann man unparteiisch anerkennen — das haben wir stets getan —, aber eine öffentliche Ueberspannung desselben, was zu einer

Abminderung der vornehmsten Hauptaufgaben der Berufsorganisation führen und die Mitglieder zu egoistischen Interessen verziehen muß, kann man dabei auch ebenso rüchhaltlos verurteilen und entschieden bekämpfen. In diesem Sinne ist auch unsere Kritik an der Finanzwirtschaft im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband stets gehalten gewesen. Die „Met.-Ztg.“ scheint aber so begriffstübig zu sein — ob nicht mit Absicht, sei dahingestellt —, daß sie den Unterschied zwischen einer gesunden Masshaltung und einer schädlichen Ueberspannung im Unterstützungsverein nicht mehr erkennen kann.

Denn daß die Finanzgebarung im sozialdemokratischen Verband eine unhaltbare und für die Metallarbeiter äußerst verhängnisvoll ist, muß jeder denkende Gewerkschaftler auf den ersten Blick einsehen. Wenn dieser Verband in den beiden letzten Jahren trotz sehr geringer Aufwendungen für Kampfwende dennoch mit einem Gesamtbefizit von 770 000 Mark gemittelt hat, so kann nur ungläubige Kurzsichtigkeit oder verblendeter Fatalismus behaupten, daß die Finanzgebarung dieser Organisation auf gesunder Grundlage aufgebaut sei. Die Metallarbeiter haben für diese Miswirtschaft aber die Beche zu bezahlen, da sie dem Unternehmertum gegenüber zur Ohnmacht verurteilt sind. Daran ändern auch alle „hohen“ Unterstützungen nichts.

Ebenso schießt die „Met.-Ztg.“ am Ziel vorbei mit ihrem Gepolter hinsichtlich des Sozialvermögens in unserm und im sozialdemokratischen Verband. Gemiß haben wir die Opferwilligkeit der Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes im Bezahlen lokaler Extrabeträge anerkannt, tun wir auch heute noch; aber was nützt den Mitgliedern die größte Opferwilligkeit, wenn die zusammengebrachten Gelder nicht zweckentsprechend verwendet werden. Bloß für Unterstützungen und wieder Unterstützungen, dafür braucht man, wie in dem Artikel Nr. 18 schon gesagt, keine gewerkschaftliche Berufsorganisation, das kann man in jeder Unterstützungsstelle oder Sterbelade ebenso gut haben. Das haben wir stets gesagt, und es können mithin auch keine Widersprüche in unserer Beurteilung der Opferwilligkeit wie des Unterstützungsvereins konstruiert werden. Statt sich um diesen vergeblichen Nachweis abzuquälen, sollte das sozialdemokratische Verbandsorgan lieber auf eine Umkehr in der verfehlten Finanzpolitik seiner Organisation hinarbeiten. Dem Interesse der deutschen Metallarbeiterschaft wäre damit tausendmal besser gebient.

Die erregte Schreibweise und Schimpferei im sozialdemokratischen Verbandsorgan zeigt übrigens, daß wir hier keine schwächste Seite berührt haben. Der immer wiederkehrende Titel „Zentrums-Metallarbeiterverband“ zeugt zudem von recht wenig Gehirnspekulation. Bei ein wenig Ehrlichkeit und Objektivität könnte auch die „Met.-Ztg.“ sich davon überzeugen, daß der christliche Metallarbeiterverband weder mit dem Zentrum noch mit einer anderen bürgerlichen Partei verknüpft, sondern politisch vollständig neutral und unabhängig ist. Das wollen die führenden Geister in der Sozialdemokratie wie an der „Met.-Ztg.“ aber nicht eingestehen, sie dürfen garnicht daran denken, der Wahrheit die Ehre zu geben. Sie schließen dabei von sich auf andere. Weil sie mit der politischen Sozialdemokratie auf Gedeih und Verderb zusammengelockt sind, sollen es die christlichen Gewerkschaften partout mit dem Zentrum sein.

Uebrigens befindet sich die „Met.-Ztg.“ in einem gewaltigen Irrtum, wenn sie vielleicht glaubt, uns mit dem Titel „Zentrumsverband“ ein schimpfliches Brandmal aufgedrückt zu haben. Die Zentrumspartei brauchen wir an dieser Stelle nicht zu verteidigen, aber das eine können wir doch sagen, daß sie an positiver Arbeit hunderte Male mehr für das arbeitende Volk geleistet hat, wie die religions- und volksfeindliche Sozialdemokratie mit ihrer „Politik der Kinder“, wie sie selbst vom bayerischen Sozialistenführer o. Dollmar bezeichnet wurde.

Mag die „Met.-Ztg.“ also noch soviel darum herum reden und wie ein Rohrspatz schimpfen, das ändert garnichts an der Tatsache, daß der sozialdemokratische Verband eine unverantwortliche Finanzwirtschaft treibt, zum unberechenbaren Schaden der deutschen Metallarbeiter. Wenn es so weiter geht, ist bei dieser Organisation die Frage bald sehr leicht zu beantworten, ob man es hier mit einer gewerkschaftlichen Kampforganisation oder mit einer bloßen Unterstützungsstelle zu tun hat.

Arbeitsvermittlung und -Anweisung in den örtlichen Verwaltungsstellen.

Zu dieser Frage erhalten wir von einem Kollegen aus Mitteldeutschland folgende Zuschrift:

Im Verbandsorgan wird immer darauf hingewiesen, daß arbeitssuchende Kollegen sich zunächst bei der örtlichen Zeitung zu erkundigen haben. Im Hinblick darauf habe ich mich am 24. d. J. Frs. schriftlich nach M. . . . und H. . . . gewandt und jedem Schreiben noch eine Briefmarke zur Rückantwort beigelegt. Von H. . . . aus wurde mir eine solche auch direkt zuteil, während M. . . . bis heute noch nichts von sich hören ließ, trotzdem ich am 21. April nochmals um Antwort bat. Ich möchte deshalb die Verbandsleitung bitten, im Organ darauf hinzuweisen, daß die Ortsgruppenverbände dazu verpflichtet sind, bei etwaiger Erkundigung nach Arbeitsgelegenheit baldigst zu antworten; sonst hat es keinen Wert, daß man sich bei der örtlichen Zeitung erkundigt.

Wir geben diese Zuschrift wieder, um die örtlichen Zeitungen bezgl. der Frage der Arbeitsvermittlung an ihre Pflicht zu erinnern. Weniger Arbeit, wie eine Karte zu schreiben, gibt es doch wohl nicht und es ist deshalb unverständlich, daß solche Klagen noch auftauchen können. Gemiß haben die örtlich-führenden Kollegen, die im Arbeitsverhältnis stehen, keine überflüssige freie Zeit und alle Hände voll, aber um Arbeit antragenden Mitgliedern muß unter allen Umständen wenigstens eine Antwort zugehen; denn diese Kollegen suchen eine Existenz und es liegt im Interesse der Organisation, daß ihnen dabei überall nach Kräften geholfen wird.

Das ist der Fluch der bösen Tat.

Was Ludwig in seinem 2. Prolog vertritt,
Werk oftmals nicht, wie selber er sich
narzt.

In Freiburg fanden die Brauereiarbeiter in einer
Lohnbewegung. In Überwallendem Siedtegeßel blühte
der sozialdemokratische Brauereiarbeiterverband sich allein
zum Abschluß in der Lage. Was sollte er denn noch lange
an die anderen Organisationen zwecks gemeinsamen Vor-
gehens herantreten. Die Wunden nur ruhig die Hände
in den Taschen halten, das machte er allein. Sie brauchten
nur das Werk der „allweisen Genossenschaft“ anzuerkennen,
sich selbst anzuschalten. So war's geplant. Hätten doch
vorläufig Genossen den Mund gehalten. Nun kam's an-
ders. Die Brauereibesitzer waren des Kaufpreises der
Sozialen satt. Sie schlossen mit dem christl. Hilfsarbeiter-
verband und dem Bund der Brauereigenossen einen Tarif
ab, der für die Arbeiter viele Verbesserungen brachte.
Der sozialdem. Verband als Mauerblümchen. Ein Bild
zum Schiefen! Das durfte nicht kommen. Der Vertrag
war nun selbstverständlich unter aller Kanone, er ging
nicht weit genug. Was taten jetzt Verband und Partei.
Neben fünf Brauereigenossen wurde der Sozialist verhängt. Die
Genossen haben sich ja auf Grund ihres Parteitagbes-
chlusses bereit an Mäßigkeit gewöhnt, daß ihnen auf
alcoholischem Gebiete eine Ausbuchtung Kleinigkeit ist. Lan-
sende Flugblätter überschwebten den Markt. Die Ge-
nossen suchten sich zu rechtfertigen. Kampf um Koali-
tionsrecht, um Koalitionsfreiheit, schaltete es allerwegen.
Drei Monate hat das Trauerspiel gedauert. Dann ist es
aus; der Fluch der bösen Tat gebrochen. Das ist das Resultat
des „Kampfspiels“. Statt erhoffter Mehrerfüllung der
bösen Christlichen eine elende Niederlage der „Gewaltigen“.
So etwas ist nun allerdings auch geeignet, Debauchern
auszuweisen über die eigene Dummheit.

Hätten beide Organisationen zusammengearbeitet —
hätte ein besserer Tarif erkämpft werden können.“ So
der sozialdem. „Volksfreund“, Karlsruhe in Nr. 102.
Nun, Selbstkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung.
Endlich muß doch den Genossen, die Einsicht kommen,
daß sie ohne christliche Gewerkschaften nichts, und gegen
sie garnichts zu erreichen imstande sind. Dafür wer-
den wir schon durch Stärkung unserer Reihen sorgen. Zu
behauern sind nur die sozialdemokratischen Arbeiter, die
bei Größenschwärzungsparodie der Genossen Folge geleistet
haben und nun auf der Straße liegen. Wann werden sie
zur Einsicht kommen??

Sozialdemokratischer Organisationszwang.

Im „Stahlwarenarbeiter“, dem Organ des sozia-
listischen Lokalverbandes der Solinger Stahlwaren-
arbeiter, veröffentlicht ein „Genosse“ seine Erinne-
rungen aus dem Hamburger Hafnarbeiterstreik. Er
erzählt u. a. folgendes:

„Meine Dube war gewerkschaftlich organisiert bis auf
den letzten Mann. Allerdings kannten wir unsere Pappen-
heimer. Wir wußten, wer mit dem Herzen der Orga-
nisation angehörte und wer nicht. Kennt es Recht der
Selbsterhaltung, nennt es Notwehr oder Terrorismus —
ich bekomme es offen: wir hatten Leute unter uns, die nur
organisiert waren, weil sie es bei uns sein mußten.“

So liegen die Verhältnisse tatsächlich in unge-
zählten Fällen. Tausende von sozialdemokra-
tischen Gewerkschaftsmitgliedern sind nur dem
Zwange gefolgt, nicht dem eigenen Erlebe. Auch
viele christlich gesinnte Arbeiter sind darunter zu
finden. Und es ist tatsächlich schwer, die richtige
Grenze zwischen angebrachter Beeinflussung auf
Grund der Standesehre und Solidarität und einem
tatsächlich unvermeidlichen Zwang genau festzustellen. Leich-
ter ist es jedoch, dem von sozialdemokratischer Seite
aus ausgeübten Zwang durch eine starke Gegenbe-
wegung die richtigen Grenzen zu ziehen. Mit jedem
einzelnen Arbeiter, der den christlichen Gewerkschaften
beitritt, wird der sozialdemokratischen Zwangs-
herrschaft Abbruch getan. Das sollte man überall
beherzigen, auch in solchen Kreisen, die sich über
den Terrorismus der Sozialdemokratie so sehr er-
eifern, ohne an die praktische Bekämpfung dieser
Erscheinung zu denken.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Streik auf der Dilsberger Hütte.

Die seit dem 22. Februar ds. Jrs. schwebenden Differen-
zen auf der Dilsberger Hütte haben durch das Verhalten der
neuen Geschäftsleitung zur Arbeitsunterbrechung der Formner
geführt. Darauf hat die Betriebsleitung alle anderen Ar-
beiter auf die Straße gesetzt. Nachstehend eine objektive Dar-
stellung der tatsächlichen Vorgänge.

Am 22. Februar wurde den Formnern durch Hütten-
anschnaß bekannt gegeben, daß Gußwaren mit Sandböchern,
Reifen und Rissen nicht mehr abgenommen, d. h. zu deutsch
nicht bezahlt würden. Für genannte Fehler an der Ware
sind aber die Formner absolut nicht verantwortlich zu ma-
chen. Aus dem einfachen Grunde, weil dieses durch Produk-
tionsfaktoren, Material, Eisen usw. herbeigeführt wird, auf
welche die Formner keinen Einfluß haben.

So lange die Dilsberger Hütte Reht, ist dieser unter-
schobene Gehalt begünstigt worden. In anderen Handelsge-
bietern wird es ebenso gehalten. Bei diesem System war es
der Dilsberger Hütte möglich, sich zu einem der bedeutendsten
Werke in der Branche aufzuschwingen. Die Arbeiterzahl stieg
in den letzten 30 Jahren von circa 35 auf über 250. Auch der
materielle Gewinn war für die Besitzer der Hütte, trotz der
Bezahlung des Fehlgusses, ein sehr guter. Darüber einen
Bemerkenswerten Zusatz zu liefern, ist nicht nötig, es ist be-
kannt im ganzen Sauerland. Der Wert der Hütte bei
der Bezahlung des unterschuldeten Fehlgusses auch
nicht geklitten, sondern ist immer weiter gestiegen, wie die
Entwicklung zeigt.

Aus dem Gesagten geht zur Genüge hervor, daß die
durch die neue Geschäftsleitung angeordnete Maßregel aus-

keinerlei Gründen gerechtfertigt erscheint. Nichts konnten
die Formner schon aus wirtschaftlichen Gründen diese Maßregel
nicht ruhig hinnehmen. Die Formner hatten aber auch
noch andere Gründe, Gründe sehr realer Natur, wie nach-
stehend im einzelnen dargestellt werden soll.

Auf der Dilsberger Hütte besteht noch der Modus, daß
die Formner das sogenannte Liebergebot der Gußwaren be-
zahlen müssen. Hierzu kam jetzt noch die Nichtbezahlung
des unterschuldeten Fehlgusses. Beides zusammen brachte
den Formnern eine ganz empfindliche Verdienstschmälerung.
Wetruß doch der Verdienstaussfall für einen Arbeiter im
Februar ds. Jrs. 11,14 Mark und im März 15,86 Mark.
Das ist eine ganz horrend Summe für einen Arbeiter-
haushalt bei einem monatlichen Verdienst von 110 Mark.
Die Formner waren daher gezwungen, wollten sie sich nicht
selbst ausgeben, gegen diese Maßregel Stellung zu nehmen.
Da die Arbeiter auf der Dilsberger Hütte so berechnete
fluch, daß jetzt schon mit äußerster Anstrengung gearbeitet
werden muß, um nur einen einigermaßen auskömmlichen
Lohn zu verdienen, war es auch den Formnern nicht mög-
lich, durch vermehrte Anstrengung den Verdienstaussfall wie-
der einzuholen, der ihnen durch die Nichtbezahlung des un-
terschuldeten Fehlgusses entstand.

Aus allen diesen Gründen geht zur Evidenz hervor,
daß sich die Formner im Rechte befinden.

Angesichts dieser Sachlage machten die Formner der
Betriebsleitung den Vorschlag, die Arbeiter die Verbesserungen
und Tagelohn einzuführen. Daß diese Forderung nicht aus
Gründen persönlicher Bequemlichkeit gestellt wurde, beweist
die Tatsache, daß die Formner versprochen, im Tagelohn
dieselbe Menge Produkte zu formen, als auch selber im
Werk.

Die Löhne der übrigen Arbeiter bewegen sich seit dem
Jahre 1906 zwischen 2,80 Mark bis 3,20 Mark pro Tag,
seit dieser Zeit sind nur ganz unwesentliche Aufbesserungen
erfolgt. Die allgemeinen Kosten der Lebenshaltung sind in
dieser Zeit aber ganz enorm gestiegen. Ferner steht auch
fest, daß bei anderen Werken derselben Branche wesent-
lich höhere Löhne gezahlt werden. In Berücksichtigung aller
dieser Tatsachen entschlossen sich nun die übrigen Arbeiter,
gleichzeitig mit den Wünschen der Formner, der Betriebsleitung
das Entzagen um eine Lohnaufbesserung zu unterbreiten.
Angesichts der niedrigen Löhne ein durchaus berechtigter
Wunsch.

Zur Regelung der vorstehend geschilderten Punkte er-
nannten die Arbeiter eine Kommission, welche der Geschäfts-
leitung der Dilsberger Hütte die Wünsche der Arbeiter unter-
breiten und mit derselben verhandeln sollte. Ein Arbeiter-
ausschuß, den man mit der Regelung hätte beauftragen
können, existiert nicht. Die Betriebsleitung lehnte aber jede
Verhandlung ab. Jetzt unterbreitete unsere Bezirksleitung
der Geschäftsleitung der Dilsberger Hütte die Wünsche der
Arbeiter. Die Antwort lautete dahingehend, daß man nicht
auf die geäußerten Wünsche eingehen könne, weil die Firma
Caspar Kroyß (Dilsberger Hütte) Mitglied der Arbeitgeber-
verbandes Oberruhr in Arnsberg sei.

Der Arbeitgeberverband Oberruhr teilte auf Anfrage
mit, er halte die Wünsche der Arbeiter der Dilsberger Hütte
für eine interne Angelegenheit des Werkes und habe er dem
Werte empfohlen, sich mit den Arbeitern auseinanderzu-
setzen.

Die Geschäftsleitung der Dilsberger Hütte lehnte aber
jede Verhandlung ab. Eine an die Besitzerin der Hütte ge-
richtete Eingabe war ebenfalls erfolglos. Als am letzten
Tage der Kündigungsfrist die Arbeiterkommission nochmals
einen Versuch machte, mit der Betriebsleitung eine Aussprache
herbeizuführen, wurden sie wiederum ablehnend beschieden.

Die Arbeiter der Dilsberger Hütte haben, wie aus dieser
offenmächtigen Darstellung hervorgeht, alles getan, um einen
friedlichen Ausgleich der gewiß gerechtfertigten Wünsche
herbeizuführen.

Daß dieses nicht gelang, ist einzig und allein auf die
Scharflosigkeit der Geschäftsleitung der Dilsberger Hütte
zurückzuführen. Sie ist auch verantwortlich für die Folgen
dieses wirtschaftlichen Kampfes.

Die Arbeiter sind also gezwungen, ihr gutes Recht zu
verteidigen und dürfen wohl erwarten, daß ihnen alle
Schichten der Bevölkerung die weitgehendste Sympathie in
diesem aufgezwungenen Kampfe entgegenbringen. Ferner
darf erwartet werden, daß der Zuzug von Metallarbeitern
aller Art nach Dilsberg unterbleibt.

Zur Aussperrung der Metallarbeiter in Hagen-
Schwelm.

Der Arbeitgeberverein Hagen-Schwelm hat den zweiten
Teil seiner Drohung vom 28. April wahr gemacht. Am 18.
Mai ist nämlich auch dem Rest der Gußereitarbeiter ge-
kündigt worden. Bekanntlich waren 50 Proz. bereits am
4. Mai gekündigt. Mit wenigen Ausnahmen sind fast sämt-
liche Firmen dem Beschlusse des Arbeitgebervereins nach-
gekommen. Allerdings nicht alle freiwillig. Denn wie ver-
schiedenartig berichtet wird, sind nicht alle Unternehmer er-
baut von der Taktik des Herrn Oberleitnants A. Jacobs,
Geschäftsführer des Arbeitgebervereins. Diesem Umstande
ist es auch wohl zuzuschreiben, wenn die Zeitung des Arbeit-
gebervereins sich bemüht, nachzuweisen, die Forderungen
der Arbeiterhöchsten Formner seien ungerechtfertigt. Sogar eine
„Untersuchungskommission“, bestehend aus circa 20 Formnern
wurde vom Arbeitgeberverein beauftragt, die „vernünftigen“
Wünsche der Formner zu prüfen. Am 6. Mai trat diese zu-
sammen und schon am folgenden Tage ließ der A.V. durch
die Presse verkünden, selbst Berufscollegen der Streikenden
würden zu, daß die Arbeiterhöchsten Formner im Unrecht sind.
Die Streikleitung blieb die Antwort nicht schuldig. Komnte
doch nachgewiesen werden, daß eine objektive Untersuchung
gar nicht stattgefunden habe. Herr Oberleitnant Jacobs
hatte es verstanden so aufzutreten, daß die betr. Arbeiter
saum wagten, ihre Meinung zu sagen. Und als einer die
„Kühnheit“ besaß dieses zum Herrn Jacobs zu äußern, er-
bat sich letzterer vom Fabrikanten Diederhofs das Hausrecht,
um solche Vermessenheit (!) mit dem Sinauswerfen zu
ahnden. Durch eine tendenziöse Erklärung vom 12. Mai
versucht der A.V. die Feststellungen der Streikleitung zu
bemänteln. Viel Erfolg hat man allerdings wohl selbst
nicht von der Erklärung erwartet, bemerkt man doch zum
Schlusse derselben, auf jede weitere öffentliche Entgegnung
zu verzichten.

Die Arbeiterschaft weiß sehr wohl, daß der Arbeitgeber-
verein sich bei seinem Vorgehen nur vom Haß gegen die
Arbeitervorgänger leiten läßt. Wie wäre es sonst zu
erklären, daß man eines Streiks von 24 Formnern wegen,
gegebenen Falles 20 000 Arbeiter auf's Pfaster wirft. Um
den Ausgeperrten jede Erwerbsmöglichkeit zu nehmen, for-
dert der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller be-
reits in einem Zirkular die Mitglieder auf, keine Arbeiter
des Hagen-Schwelmer Gebietes einzustellen. Wahrscheinlich
es muß anerkannt werden, die Hagenen Arbeitgeber haben
von den Schatzmachern recht gut gelernt. Wägen tausende
von Arbeitern ohne Beschäftigung, mit ihren Familien der
Armut preisgegeben sein, was kümmert es sie. Nicht ein-
mal die „treuen“ Unorganisierten werden geschont. Doch
Bachon! Beinahe hätten wir vergessen mitzutellen, wie
unbillig die Herren Arbeitgeber gegenüber den „Treuen“
sind. Brauchen die Nichtorganisierten doch nur folgenden
Revers zu unterschreiben wie es z. B. die Firma Döber-
mann verlangt:

„Ich erkläre hiermit an Eidesstatt, daß ich 1. weder
dem deutschen Metallarbeiterverbande, noch dem H.-S.
Gewertverein, noch dem christlichen Metallarbeiterver-
bande angehöre, oder beizutreten beabsichtige, noch auch
diese Organisationen unterstützen werde; 2. von keiner
Seite Streikunterstützung empfangen, 3. verheiratet (Wit-
mer), 4. Vater von . . . nicht erwerbsfähigen Kindern und
6. seit . . . Jahren bei der Firma Döbermann in
Arbeit bin; 7. Ich habe die Arbeitsnummer . . .
(Folgt Name, Wohnort.)“

Wer einen solchen Revers unterschreibt, erhält nach
14tägiger Arbeitslosigkeit schon (?) Unterstützung. Wie-
viel, wird zwar nicht angegeben, aber immerhin wird man
wohl 60 Pfg. pro Woche mehr bezahlen, wie die Arbeiter-
organisationen. Ein ehrlicher Arbeiter wird es hoffentlich
nicht über sich bringen, einen solchen Revers zu unterschrei-
ben, der ihm sein staatsbürgerliches Recht, — das der
Koalition — illusorisch macht. Man rechnet von Unter-
nehmerseite zwar schon damit, daß auch „nichttreue“ un-
terschreiben, diesen wird aber Buchstrahnsstrafe in Aussicht
gestellt.

Die Stimmung unter den Arbeitern ist recht gut. Gleich-
weder Richtung, stehen sie einig und geschlossen zusammen.
Der Arbeitgeberverein wird schon einsehen lernen, daß seine
Mähe vergeblich ist. Mit vereinter Kraft werden die Arbeit-
er die Pläne der Schatzmacher durchkreuzen.

Die Lünener Aussperrung.

Seitens des Unternehmerverbandes wird aufscheinend
alles versucht, um die Arbeiter ins Unrecht zu setzen. Be-
sonders bedient man sich hierzu der Presse. Außer der
schon zurückgewiesenen Notiz der „Heinrichs-Beifä-
lichen Zeitung“, die übrigens auch gleichlautend in
der Nr. 20 von „Die deutsche Arbeitgeberzeitung“ enthal-
ten ist, bringt nunmehr die „Dortmunder Zeitung“ in
ihrer Nr. 246 einen 3 Spalten langen Beitrag mit der
Ueberschrift „Die Aussperrungen in Lünen“, der offen-
bar von Unternehmerseite inspiriert ist.

Außer den bereits gegenüber der „H.-S. Btg.“ rich-
tiggestellten Unwahrheiten enthält dieser Artikel auch wieder
die Behauptung, ein Organisationsleiter habe bei den Ver-
handlungen vor dem Bürgermeister die Aushörung getan:
„Man würde nicht zum Streik geraten haben, wenn man
die Wohnverhältnisse genauer gekannt hätte.“ Eine der-
artige Äußerung ist im ganzen Verlauf der Verhand-
lungen von keinem einzigen Organisations-
leiter gemacht worden. Im Gegenteil stellten die Ge-
werkschaftssekretäre aus vorgelegten Lohnlisten fest, daß
bei vielen Formnern nach der festgestellten Arbeitsunter-
brechungen, welche die eigentliche Ursache des Kampfes
bildeten, ein Rückgang ihres Lohnes eingetreten war, sodas
nach den eigenen Angaben der Firma Potthoff und Glümke
der Durchschnittslohn der Formner pro Stunde von 50,66
Pfennig im 4. Quartal 1909 auf 49,68 Pfg. im 1. Quartal
1910 zurückgegangen war. Der erzielte Höchstverdienst be-
trug bei zwei Formnern im 4. Quartal 1909 noch 61 Pfg.,
während im 1. Quartal 1910 nur noch ein Formner einen
Höchstverdienst von 59,20 Pfg. pro Stunde erzielt hatte.
Diese Zahlen beweisen auch, was von den Angaben der
„Dortm. Btg.“, nach der „bessere Formner einen Verdienst
von 6—7 Mk. und selbst vereinzelte bis 8 Mk. pro Schicht
in Lünen verdienen“, zu halten ist. Dazu kommt aber
noch der Umstand, daß die Formner, für die eine Lohn-
erhöhung beantragt war, die oben angegebenen Verdienste
nur dadurch erreichten, daß sie nicht 10 Stunden arbei-
teten, sondern 12—13 Stunden, indem sie frühfrüh,
Mittag- und Vesperpause durch und abends noch über-
arbeiteten, während der gesamte so erzielte Verdienst dann
auf 10 Stunden verrechnet wurde. Der eigentliche Stun-
denverdienst beträgt also durchschnittlich nur eben über
40 Pfg.. Diese Tatsachen wurden in den Verhandlungen
vor dem Bürgermeister Becker-Lünen in Gegenwart des
Meister des Werks einwandfrei festgestellt und es wurde
von den Organisationsvertretern mit Recht darauf hinge-
wiesen, daß angesichts der schweren Arbeit, die von den
Formnern verlangt wird, diese Löhne gewiß nicht „hoch“
genannt werden könnten.

Der Artikel der „Dortm. Btg.“ beschäftigt sich so-
dann vornehmlich mit dem Christlichen Metallar-
beiterverband, der als die Wurzel allen Übels hin-
gestellt wird. Ähnlich wie Kommerzienrat Fiedorf in
Mannheim die gesamte christliche Arbeiterbewegung, stellt
die „Dortm. Btg.“ den Christl. Metallarbeiterverband als
den gefährlichsten von den drei Metallarbeiterorganisa-
tionen hin. Den jetzigen Zuständen in Lünen, die durch
den Einzug des christlichen Metallarbeiterverbandes her-
vorgezogen seien, werden die früheren Zustände als ideal
gegenübergestellt. Damit werden sich allerdings auch die
Lünener Eisenindustriellen abfinden müssen, daß diese für
sie vielleicht begehrenswerten Zustände so bald nicht wieder-
kehren werden. Genau wie der Staatsbürger heute seinen
Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben kann, verlangt auch
die Arbeiterchaft mit Recht ein Mitbestimmungsrecht bei
der Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und
da wird auch in Zukunft der christliche Metallarbeiter-
verband ein entscheidender Verfechter der Arbeiterinteressen

Wider ohne Rücksicht auf die Angriffe der Scharfmacher von rechts und links, wie von oben und unten.

Wenn der Artikel weiter behauptet, die in diesem Kampfe von den Arbeitern aufgestellten Forderungen seien reine, durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigte Provokationsforderungen, so ist dieses Urteil des Artikelschreibers von keiner Sachkenntnis getrübt. Es braucht demgegenüber nur darauf hingewiesen zu werden, daß auch Herr Bürgermeister Becker-Blinen, der sich in dankenswerter Weise viele Mühe um die Beseitigung der Differenzen gegeben hat, die Forderungen der Arbeiter als durchaus gerecht anerkannt hat.

Auf die weiteren Schicksale des Artikels einzugehen, verlohnt sich nicht. Es soll nur noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiter nach wie vor zu einem ehrlichen Frieden bereit sind, und es wäre zu wünschen, daß die erneut angebahnten Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnisse führen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Verzicht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Bochum. In der Stahlformerei der „Westfälischen Stahlwerke“ sind Differenzen ausgebrochen.

Witten (Westf.). Bei der Blechwarenfabrik Linneemann-Schulte u. Co. sind wegen Akkordabzügen Differenzen ausgebrochen.

Düsseldorf. Ueber die Kernmacherlei der Firma Soest u. Co., Reisholz ist die Sperre verhängt worden.

Falkau (Baden). In der Draht- und Schraubenfabrik Falkau (Aktien-Gesellschaft) stehen die Arbeiter im Streik.

Bieren. In der Maschinenfabrik Gebrüder Helne sind Lohn Differenzen entstanden.

Solingen. Die Former und Gießereihilfsarbeiter der Firma Kiezerling u. Albrecht haben die Kündigung eingeleitet.

Sundern bei Arnsberg i. W. Zur Verteilung des Koalitionsrechts stehen die Arbeiter der Firma Anton Brumberg im Streik.

Dortmund-Lünen. Auf der Doulsenhütte, Münner Hütte, Münner Eisenwerke und der Hütte „Westfalia“ sind 700 Arbeiter ausgepeert. Bezug von Arbeitern aller Verufe ist fernzuhalten.

Münsterberg. In der Maschinenfabrik und Eisengießerei Spach, Duzendteich, in der Drahtstiftfabrik Lechner und Schlegel stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen im Streik.

Hagen-Schwelm. Der Unternehmerverband für den Industriebezirk Hagen-Schwelm hat wegen eines partiellen Streiks in Genselsberg eine allgemeine Aussperrung der Metallarbeiter beschlossen und teilweise schon durchgeführt.

Oberfeld. In der Schlosserwerkstelle der Schwebelbahn in Wöhrwinkel ist wegen Lohn Differenzen Streik ausgebrochen.

Danzig. Bei der Firma Rischberger in Ohra bei Danzig sind wegen Bezahlung der Ueberstunden Differenzen ausgebrochen.

Netzig. Bei der Firma Gebr. Ruhmann, Eisengießerei und Maschinenfabrik, sind sämtliche Former wegen Akkord Differenzen gemahregelt worden.

Olberg. Die Former der Olberger Hütte stehen wegen Lohn Differenzen im Streik.

Bezug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 29. Mai 1910 der zweiundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. Mai bis 5. Juni fällig.

Die Ortsgruppe Wallau erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extra-Beitrages von 5 Pfg., die Ortsgruppe Freiburg i. B. zur Erhebung von 5 Pfg. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung demnach bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmefähigkeit von allen dem Verbande beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen Über tretenden, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit als beizubringen einzuweisen. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später nicht in Unannehmlichkeiten zu erhaseln.

Aus dem Verhandlungsgebiet.

Saarbezirk. Mit einem bemerkenswerten Siege der christlichen Gewerkschaften endeten die Sicherheitsmänner- und Arbeiterauswahlwahlen auf den Bürgl. Saargebiet, die am 10. Mai stattgefunden haben. Für die katholischen Arbeitervereine „Sich Berlin“ haben die Wahlen eine Niederlage erster Ordnung gebracht. Wenn auch zur Stunde, so dieses geschrieben wird, noch nicht alle Wahlergebnisse vorliegen, da über 30 Stichwahlen stattfinden müßten, so ist doch das schon vorliegende Resultat ein recht gutes für die christlichen Gewerkschaften. Nach demselben wurden 135 christliche Gewerkschaftler, 62 unorganisierte und Mitglieder der katholischen Arbeitervereine „Sich Berlin“ und 5 vom alten Bergarbeiterverband gewählt. Die Hirsch-Dundersche hatten sich auf Grund ihrer Bedeutungslosigkeit an der Saar nicht an der Wahl beteiligt.

Auch unser christlicher Metallarbeiterverband, dem bereits eine größere Anzahl Werkstättenhandwerker und Maschinen angegeschlossen sind, hat, wenn man in Betracht zieht, daß wir erst im Februar unter diesen Arbeitern mit der Agitation eingeseht haben, einen sehr guten Wahlerfolg zu verzeichnen. Von den 26 zu wählenden Arbeiterauswahlmitgliedern in den Werkstätten und Maschinenabteilungen wurden 13 offizielle Kandidaten des christl. Metallarbeiterverbandes gewählt; die übrigen gewählten Ausschußmänner sind unorganisiert, einige mögen auch Mitglieder der kath. Arbeitervereine „Sich Berlin“ sein.

Diese Wahlen haben gezeigt, daß für „Sich Berlin“ kein Boden mehr in Saarabien ist. Ihr Niedergang ist nicht mehr aufzuhalten. Es zeigt sich dies aus dem Zusammenbrachen ihrer Fachabteilungen. In dieser Situation waren die Christlichen gut genug, den Berlinern bei der Wahl aus der Patzke zu helfen. Man ging sie um einen Kompromiß an, das aber natürlich abgelehnt wurde. Auf der in Fraulautern stattgefundenen Konferenz mußten die Christlichen diese Partnädigkeit schwer büßen. Ein wahrer Jammergeheul wurde über ihre Unfriedfertigkeit angestimmt. Trotzdem die Ausschuß- und Sicherheitsmännerwähler den Männern von „Sich Berlin“ eine vollendete Niederlage brachten, wird man weiter quacksalbern und die Arbeiterschaft zu ihrem eigenen Schaden konfessionell verhehen.

Das Lokalverbändchen der Werkstätten-Handwerker, dessen Vorsitzender sich kürzlich noch mit Arm und Bein dagegen sträubte, als wir ihm hier an dieser Stelle nachwiesen, das genannte Verbändchen habe mit den Hirtenern von „Sich Berlin“ paritätisch, hat sich jetzt als treuer Wahlhelfer der „Berlinern“ gezeigt. Trotzdem dieses Verbändchen, nach Aussage des Vorsitzenden, eine wirtschaftliche Interessenvertretung für die Werkstättenhandwerker sein will, stellte es bei den jetzigen Wahlen keine eigenen Kandidaten auf und zwar aus dem Grunde nicht, um nicht als Konkurrent von „Sich Berlin“ auftreten zu müssen. Die Mitglieder dieses Verbändchens sind zum großen Teil auch Anhänger von „Sich Berlin“. So hat das Lokalverbändchen vereint mit den „Berlinern“ gegen die Kandidaten des christlichen Metallarbeiterverbandes gestimmt. Ob diese Rippenstöße den denkenden evangelischen und katholischen Werkstättenhandwerkern die Augen öffnen werden und diese bald einsehen lernen, wozu man sie im Lokalverbändchen mißbrauchen will? Glauben denn wirklich die Hirtenerhandwerker, ihre Kameraden, die gleichzeitig organisiert sind in den Berliner Fachabteilungen und zum Teil die Führung in dem genannten Verbändchen in der Hand haben, verfohlten damit nicht besondere Nebenabsichten? Sicher ist dies der Fall. Den Leuten von „Sich Berlin“ kommt es weniger auf die Stärkung des Arbeiter- einflusses in geordneten starken Berufsverbänden, als auf die Schwächung der christlichen Gewerkschaften an. Man versucht eben die Werkstättenhandwerker den christlichen Organisationen fernzuhalten. Das soll ihnen nicht gelingen. Die Augen auf, ihr Werkstättenhandwerker. Schließt euch mit den Maschinen in noch größerer Zahl dem christlichen Metallarbeiterverbande an. Nur er ist in der Lage, euch sowohl wie auch dem gewählten Ausschuß die nöwendige Mütendeckung zu geben. In eurem Interesse — hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Münsterberg. Am 7. Mai fand in hiesiger Ortsgruppe eine gutbesuchte außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die auf Grund ihres interessanten Verlaufes an dieser Stelle erwähnt zu werden verdient. Zur Verhandlung stand das Thema: „Stellungnahme zum Verhandlungs- tag“. Der Referent, Kollege Dohler, hob in seiner Einleitung die Generalversammlung hervor. Da werde über das Wohl und Wehe des Verbandes beraten und entschieden. Auf der kommenden Generalversammlung würden sich die Vertreter ungetrübt auch wohl mit der Beratung einer eventuellen Finanzreform zu beschäftigen haben. An Hand dieses Umstandes zeichnete der Referent ein Bild der augenblicklichen Finanzlage des Verbandes. Nach Aufstellung des Verbandsbeitrages in die verschiedenen Arten des Unterhaltungswezens verbliebe zur Erlangung der Krankenunterstützung ein Betrag von noch nicht 10 Pfennig pro Woche. Für diese Summe werde eine Unterstühtung von 6—10 Mark pro Woche bezahlt. Da stände die Unterstühtung in keinem Verhältnis zum Beitrag. Das zeige so recht ein Vergleich mit anderen reinen Krankenkassen. In der Metallarbeiterklasse erhalte man für 50 Pfg. Wochenbeitrag 13,80 M. Krankengeld. An den Verband würden also dreimal so hohe Anforderungen gestellt, wie an die Privat- kassen. Das sei verwerflich. Der Verband habe sein Vermögen nicht zu Unterstühtungszwecken solcher Art, sondern zur Erlämpfung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse. Sein Kasienbestand sei nicht Unterstühtungs- sondern Kampffonds. Aus der Nichtachtung dieses Umstandes würden sich unangenehme Folgen ergeben. Dafür sei der sozialdemokratische Verband ein warnendes Beispiel. Nur seine Unterstühtungs- wert habe ihn an den Rand des Bankrotts gebracht. Da ergebe sich für uns die Pflicht, hier vorzugehen. Eine allgemeine Erhöhung der Beiträge sei wohl das Beste. Somit bliebe nur eine Verlängerung der Steigerung- strafen von ein auf zwei Jahren. Ein dahingehender Antrag wurde einstimmig angenommen. Kollege Rönzab schloß mit dem Wunsch die Versammlung, die Kollegen möchten den Streik, von dem sie heute besetzt gewesen seien, für alle Zukunft behalten.

Stettin. Am 11. Mai fand hier eine öffentliche Versammlung des Gewerkschaftsartells statt. Kollege Winter- Merku sprach über das Thema: „Warum geliebten wir christliche Gewerkschaften und warum werden wir betäubt?“ Es lag schon in der Natur der Sache, daß bei der Behandlung dieses Themas auch die Ziele der mit der Sozialdemokratie liierten Gewerkschaften beleuchtet und die Konsequenzen daraus gezogen wurden. Dieser Umstand hatte wohl auch sozialdemokratische und Hirsch-Dundersche Beamte auf den Plan gelockt. Sie wollten dort in inniger Weidenschaft versuchen, den bösen Christlichen den Garaus zu machen. Zu diesem Zweck mag sich der H.-D. „Führer“ Wolf auch wohl so tüchtig Mut angetrunken haben. Wer indes glaubt, daß die Sozialisten auch nur den Versuch gemacht hätten, das vom Referenten erbarmslos angegriffene Gedankengebäude des ehemals so theoretisch solchen Sozialismus zu retten, war schwer enttäuscht. Die sozialdemokratischen Kämpen brachten durch ihre geklöppelten Anreden gegen die christlichen Gewerkschaften nur den Beweis, daß die christliche Ideenwelt auf allen Gebieten unbesiegt ist.

Um das Ansehen der sozialdemokratischen Verbände gegenüber den Christlichen zu retten, versiel der sozialdemokratische Metallarbeiterverbandsbeamte Hunger auf den Gedanken, eine belanglose Nebenache zur Hauptsache zu machen. Die Angelegenheit ist folgende: Etwa im Januar hies. J. sprach Winter in einer Versammlung des katholischen Arbeitervereins in Danzig. Nach einem Bericht des „Westpreussischen Volksblatts“ führte er etwa folgendes aus: „In einer öffentlichen christlichen Gewerkschaftsversammlung, welche Ende 1909 in Stettin stattfand, erzählte der Schlosser Fr. aus RBBlin, der bei der Firma Stöwer in Stettin beschäftigt war, folgendes interessante Terrormusgeschichten: Fr. weigerte sich, dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband beizutreten. Die Folge war, daß er an einem guten Morgen seinen Werkzeugkoffer leer fand. Als er dann eine Arbeit machen mußte, zu deren Ausführung er einer Gewindekluppe, die er sich aus der Werkzeugausgabe holte, gebrauchte, wurde ihm auch diese gestohlen. Um die angefangene Arbeit fertig zu stellen, holte er sich eine weitere Gewindekluppe, die ihm, als er eben den Arbeitsplatz verlassen hatte, ebenfalls gestohlen wurde. Im Arbeitsaal standen dann drei Bohrmaschinen zum gemeinsamen Gebrauch. Als er eines Tages eine Arbeit anzufertigen hatte, zu welcher er einer Bohrmaschine bedurfte, fand er morgens bei Arbeitsantritt die Maschine, an welcher er gearbeitet hatte, demoliert und die andern beiden von Genossen besetzt. Da ihm in kurzer Zeit schon 20 Mark für das gestohlene Werkzeug vom Lohn abgezogen waren und er sich durch die Treibereien in seinem Fortkommen gehindert sah, entschloß er sich, der Not gehorchend, dem reinen Metallarbeiterverband beizutreten. Als er sich unter Zahlung von 1,20 Mark in den Verband eingekauft hatte, fand er am andern Morgen bei Arbeitsantritt sein gesamtes Werkzeug mit Ausnahme von einer Kluppe wieder vor. Der so in den Verband gepreßte Kollege stellte aus leicht begreiflichen Gründen das Beitragszahlen bald wieder ein. Er wird darauf zu einer Werkstättenversammlung eingeladen. Als er auch dazu nicht erschienen war und am andern Morgen an seiner Arbeitsstelle wieder erschien, war wiederum sein gesamtes Werkzeug gestohlen.“

In der Metallarbeiterzeitung kam man auf den Fall zurück und stellte natürlich fest, daß die aufgestellte Behauptung „einwandfrei“ untersucht und festgestellt wurde, daß das nicht nur „Schwindel“, sondern der Schlosser Fr. ein moralisch minderwertiger Mensch sei. Da wir das Geschriebene der Metallarbeiterzeitung ohne Beachtung ließen, zog man „sozialdemokratischerseits“ den Schluß, daß wir uns vom Gegenteil hätte überzeugen lassen. Von dieser Auffassung geleitet, stellte Herr Hunger in der Stettiner Versammlung folgenden weiteren Antrag: „Ich stelle den Antrag, daß die Angelegenheit Stöwer durch den Deutschen und Christlichen Metallarbeiterverband auf seine Wichtigkeit genau untersucht wird.“

Gemäß seiner mündlichen Begründung soll diese Untersuchung in einer Werkstättenversammlung geschehen. Da bei Stöwer nicht ein einziger christlich organisierter Kollege beschäftigt ist, hätte Hunger, falls die Christlichen auf den Antrag hereingefallen wären, gemäß dem Sieg davongetragen. Aber seit wann verliert man denn den Teufel bei Beizeub? Solange der Dr. Quartische Satz wahr bleibt: Wir Sozialdemokraten mögen, wo wir nur ungelogen können, und solange nicht widersprochen werden kann, daß der Parteipapst Kautsky geschwieben hat: Die Pflicht der Wahrhaftigkeit habe man dem (christlichen) Gegner gegenüber nie anerkannt, solange darf man an der Ehrlichkeit der Genossen berechtigt zweifeln. Herr Hunger wird es daher auch verstehen, wenn die Versammlungsleitung seinen Antrag aus auf die Harmlosigkeit der Anwesenden spekulierend behandelte.

Die christlich organisierte Stettiner Arbeiterschaft, besonders unsere Metallarbeiter, die unter sehr schwierigen Verhältnissen arbeiten, müssen mit doppeltem Eifer wirken, um das christliche Kampferbe zu vergrößern. Dazu ist in erster Linie erforderlich Ehrlichkeit, Mut und Begeisterung. In der Meinagitation müssen die Mitglieder gewonnen werden. Darum ihr Kollegen von Stettin, wibmet Euch mit Eifer der Agitation von Mund zu Mund.

Merkeln. In der vorigen Nummer unseres Organs konnten wir berichten, daß dank des Eingreifens unseres Verbandes sowie dank der sozialen Einsicht der Arbeitgeber die Schicht an den Samstagen um eine Stunde verlängert wurde. Wir hatten nicht geglaubt, heute schon über einen Fall berichten zu müssen, wo versucht wird, diese Verbesserung illusorisch zu machen dadurch, daß man die geliebene Arbeitszeit zu einer Abspannung der Arbeitskraft der Arbeiter benutze und dadurch jede Feststimmung unterdrückt. Ueber einen solchen Fall sei hier berichtet, und zwar bei der Firma Mebecker u. Schumacher. Erregte es bei den Arbeitern schon Befremden, als entgegen dem erst vor kurzem gefassten Beschluß des Fabrikantenvereins, an den Samstagsnachmittagen die Betriebe 1 Stunde früher zu schließen und von 1/8—8 Uhr reinigend zu lassen, die Firma nur 1/2 Stunde zur Reinigung freigab, so steigerte sich die Erregung noch um ein Bedeutendes, als am Tage vor Mebecker folgende Arbeitszeit festgesetzt wurde: Beginn wie sonst 7 Uhr, Pause wie sonst von 1/9 bis 1/9 Uhr, Arbeitschluss nachmittags 2 Uhr. Eine ununter-

großere Arbeitszeit als von 1/2 bis zummittags 3 Uhr ohne jegliche Pause, und dann nachher noch das Reinigen zu besorgen, das war die schlimmste Belastung für die Arbeiter... Eine kaltblütige Hinwegsetzung über die Bedürfnisse der Arbeiter dürfte hier einzig dastehen und fällt noch umso schwerer ins Gewicht, als die Arbeiterkraft aus einem sehr großen Teile sich aus jugendlichen, weiblichen und invaliden Personen zusammensetzt. Ja aber, wird man fragen, ist die Arbeiterkraft denn nicht vorher befragt, besteht kein Arbeiterausschuß, der sein Veto mit abgeben kann, oder handelt die Firma aus eigenem Antriebe so? Leider muß das letztere bestätigt werden, und gleichzeitig sei zugegeben, daß ein Arbeiterausschuß existiert, aber sagt mich nur nicht nach ihm. Wir wollen den ihm jetzt angehörenden Personen nicht zu nahe treten, müssen aber doch betonen, daß der Ausschuß nichts anderes ist als totes Inventar, verurteilt zu größter Bedeutungslosigkeit. Und dieses Urteil muß leider auf fast sämtliche Arbeiterausschüsse in der hiesigen Industrie übertragen werden. Ein Paradebeispiel und weiter nichts. Nicht allein, daß von den 5 Personen, aus denen der Arbeiterausschuß besteht, 2 von der Firma selbst bestimmt werden, dürfen auch nur solche Arbeiter dazu gewählt werden, die mindestens 30 Jahre alt sind und seit 5 Jahren beim Personal angehören. Unser obiges Urteil bestätigt allein schon die Tatsache, daß seit seiner Errichtung im Jahre 1903 die erste Neuwahl im Jahre 1908 stattfand, und doch soll nach den Aussagen die Wahl alljährlich einmal stattfinden. Der Ausschuß hatte sich zweifellos bewährt, sonst würde man sicher eine frühere Neuwahl angeordnet haben. Damit der Ausschuß nicht doch noch über das Ziel hinausschießen kann, ist Sorge getragen durch den § 4 der Arbeitsordnung, der u. a. befragt: „Die Fabrikleitung hat das Recht, sowohl die Tagesordnung zu erörtern, als auch ihr ungeeignet erscheinende Gegenstände abzulehnen.“ Wer da noch glaubt, daß ein solcher Ausschuß zur Förderung eines friedlichen Zusammenwirkens der Fabrikhaber und des Arbeiterpersonals und zur Stärkung des Gefühls der Zusammengehörigkeit unentbehrlich sei, dem ist nicht mehr zu helfen. Verständlich erscheint einem dann auch der § 15 der Arbeitsordnung gen. Firma, der wörtlich heißt: „Das Verteilen und Anheften von Flugblättern sowie das Kollektieren und Einziehen von Vereinsbeiträgen in den Fabrikräumen ohne Erlaubnis der Betriebsleitung, ebenso jede Art von Agitation in den Betrieben ist streng verboten.“

Das besagt genug, und so braucht es nicht zu wundern, wenn Arbeitszeiten (wie oben) angelegt werden. Einer Arbeiterschaft, denen man solche Arbeitszeiten aufzotrieren kann, kann man auch sonst noch manches bieten. Leider ist das Organisationsverhältnis hier betäubend. Statt über seine Lage ernstlich einmal nachzudenken, sich auszurufen und mit den anderen Arbeitern gemeinsam an der Lösung der Lage des Arbeiterstandes mitzuarbeiten, läßt man lieber alles über sich ergehen. Man schimpft wohl dort, wo es niemand hört, halt die Fund in der Tasche, und schweigt und duckt sich, wenn man von Gebrüchern in der Nähe weiß. Arbeiter, aufgemacht! Werdet Männer, wahre Männer, denn solche brauchen Industrie und Vaterland. Werdet Mitglied des christl. Metallarbeiterverbandes.

Saarbrücken. Am 1. Mai fand in Saarbrücken III die diesjährige Generalversammlung der Ortsverwaltung Saarbrücken statt, wozu fast alle zur Ortsverwaltung Saarbrücken gehörenden Zahlstellen einen Delegierten entsandt hatten. Bezirksleiter Bäder erstattete den Geschäftsbericht. In der Einleitung gab er einen Überblick über die Einwirkung der wirtschaftlichen Krise auf die Entwicklung unseres Verbandes an der Saar und schilderte, wie die Arbeitgeber die wirtschaftliche Krise ausgenutzt hätten, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern und um ihre „Schutztruppen“, die „Selben“, zu fördern. Leider fehlten der saarbrückischen Hütten- und Metallarbeiterchaft die notwendigen innerlichen Kräfte, um dieses Vorhaben der Arbeitgeber zu durchkreuzen. Nicht die Scharfmacher und der christliche Metallarbeiterverband sind schuld daran, daß manche Erfolge des christl. Metallarbeiterverbandes für die saarbrückische Metallarbeiterchaft, welche in den Jahren 1906 und 07 errungen wurden, wieder zu Wasser geworden sind, sondern die Metall- und Hüttenarbeiterchaft an der Saar selbst, denen die notwendige Ausdauer und dauernde Opferwilligkeit fehlen, um erkämpfte Erfolge zu behaupten. Mit Recht folgerte Kollege Bäder aus diesen bedauerlichen Tatsachen, daß gewerkschaftliche Erfolge sich nur erkämpfen und behaupten lassen mit einer geistig hochstehenden und opferwilligen Arbeiterschaft. Wir dürfen uns deshalb bei der kommenden Goddardjunktur nicht allein darauf verlassen, um Massen zu gewinnen, sondern wir müssen unsere Mitglieder mehr in die Tiefe der Gewerkschaftsidee und des Wirtschaftslebens einführen. Also mehr Schulung!

Die Finanzgebarung gestaltete sich wie folgt: Einnahmen: Bestand der Lokalkasse am 1. 1. 09 40,89 Mk., an Beiträgen (90, 60 und 40 Pfg.) 11 862,60 Mk., an Beiträgen (45, 30 und 20 Pfg.) 63,96 Mk., an Eintrittsgeldern 62,80 Mk., an Delegiertenbesuchen 99,50 Mk., an Extrabeiträgen 203,36 Mk., an sonstigen Einnahmen 850,— Mk. Summa 13 183,67 Mk., Zuschuß aus der Hauptkasse 408,00 Mk. Gesamt-Einnahme 13 591,67 Mk. Ausgaben: Wanderunterstützung 93,00 Mk., Umzugsunterstützung 165,00 Mk., Arbeitslosenunterstützung 466,97 Mk., Krankenunterstützung 4400,21 Mk., Streikunterstützung 704,15 Mk., Maßregelungsunterstützung 97,50 Mk., Sterbegehalt 70,00 Mk., Rechtschutz 106,05 Mk., Ausgaben der Lokalkasse 1962,05 Mk.; Summa 8 064,93 Mk., abgesetzt 5 474,45 Mk., Bestand der Lokalkasse 52,29 Mk.; Gesamt-Ausgaben 13 591,67 Mk.

Bericht über die Korrespondenz: Eingänge: Patete 79, Gesandungen 107, Briefe 233, Postkarten 2, zusammen 419; Ausgänge: Patete 31, Einzahlungen 66; eingeschriebene Briefe 45, Briefe 788, Postkarten 522, Druckachen 2434, zusammen 3 889. Abgabe wurden auf Betriebsfähigkeitsapparaten 1584 angefertigt. Der Bezirksleiter Bäder nahm an 34 Mitglieder- und öffentlichen, 11 Betriebs- und 148 Vorstands- und Vertrauensmänner-Versammlungen teil. Zu Rechtsabhandlungen

legenheiten wurde das Bureau stark in Anspruch genommen und 85 Schriftstücke angefertigt. Die Presse wurde regelmäßig bedient, in der Regel acht Tageszeitungen. Dem Verbandsorgan wurden 24 Artikel zugesandt. Neue Zahlstellen wurden bis 1. April d. J. 10 gegründet und seit 1. Januar 1910 848 neue Mitglieder gewonnen. Leider können sich eine Anzahl von Zahlstellen nicht dazu emporschwingen, wenigstens einige neue Mitglieder jeden Monat aufzunehmen, trotzdem die Möglichkeit dazu in allen Orten vorhanden ist. Nachdem der Kollege Bäder auf die Aussichten des christlichen Metallarbeiterverbandes an der Saar zu sprechen gekommen war, skizzierte er kurz unsere Aufgaben in nächster Zeit. Der innere Ausbau der Zahlstellen und Sektionen, eine geordnete und praktische Geschäftsführung, ständige Schulung der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute, muß die erste Aufgabe der Zahlstellen sein. Ist diese Aufgabe erfüllt, dann werden wir auch in der Lage sein, Einfluß auf die unorganisierte Masse zu bekommen, um dieselben unserem Verband zu führen zu können. Massen gewinnen! Das muß die Parole in nächster Zeit in allen Zahlstellen sein. Unsere großen Aufgaben und Ziele müssen wir immer vor Augen haben und sie den Mitgliedern vortragen, dann wird persönlicher Streit und Kleinigkeitstrümmerei in unseren Reihen keinen Platz finden. An den Bericht schloß sich eine rege Diskussion an. Dann wurden fünf Kollegen in den Ortsverwaltungs-Vorstand gewählt. Eine längere Aussprache führte auch die Verbandsgeneralversammlung herbei. Gewerkschaftssekretär Engel hielt dann einen sehr interessanten und instruktiven Vortrag über: „Die Aufgaben der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute.“ Auch diesem Vortrage folgte eine lebhafte Diskussion. Nach einem Schlusswort des Kollegen Bäder erreichte die anregend verlaufene Generalversammlung ihr Ende.

Möhlen i. W. In einer gut besuchten öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung sprach am 8. Mai Kollege Weinbrenner (Hamm) über das Thema: Die neueste Taktik der Unternehmer, ein Schaben für die ganze Volkswirtschaft. Er verbreitete sich zunächst über den neuerdings zu verzeichnenden Aufschwung im Wirtschaftsleben, um sodann die Situation im Baugewerbe zu beleuchten. Das Vorgehen der Bauunternehmer sei als krasser Klassenkampf zu bewerten. Das gehe hervor aus der rigorosen Erklärung: 20000 Menschen seien weniger als 300 000. Technischen Berhältnissen wie im Baugewerbe gehe man zweifellos auch in der Metallindustrie entgegen. In Sänen seien die Arbeiter trotz einer berechtigten Forderung einfach abgewiesen worden. Als die Leute dennoch darauf bestanden, wurden einfach 700 Kollegen ausgesperrt, selbst Leute, die 40, 50 und 52 Jahre in dem Betriebe beschäftigt waren. Auch die Vorgänge in der Metallindustrie Hagen-Schwelm müßten den Arbeitern eine Mahnung sein, sich gegen solche Fälle zu schützen durch Anschluß an die Organisation. Das sei nicht nur Pflicht gegenüber sich selbst, sondern auch gegenüber der Familie und dem ganzen Stande.

In der nachfolgenden Diskussion nahm der Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Ferrentrop das Wort. Er erklärte sich im allgemeinen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, konnte aber nicht umhin, den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in empfehlende Erinnerung zu bringen, weil die Führung des Klassenkampfes eine Notwendigkeit sei. Dieser Standpunkt wurde von Kollegen Weinbrenner widerlegt und sodann nach einer verlegenen Ausrede Ferrentrops eine zur Stärkung der Gewerkschaften verpfichtende Resolution einstimmig angenommen. Mit einem begeisterten Schlusswort des Kollegen Föcher fand die Versammlung ihr Ende. Resultat eine Reihe von Neuaufnahmen zeitigte, ihr Ende.

Eplingen. Hier fand am 7. Mai eine Mitglieder-Versammlung statt, zu der die Mitglieder des kath. Arbeiter- und Gesellenvereins eingeladen und auch zahlreich erschienen waren. Als Referent behandelte Kollege Kuhn aus Hagenheim die letzten Vorgänge in Industrie und Gewerbe. Er zog eine Parallele zwischen den Erwerbs- und Wirtschaftsverhältnissen des Mittelalters und der Jetztzeit, um dann auf Grund der modernen Entwicklung die Notwendigkeit der Organisation zu beweisen. Gerade die neuere Taktik der Scharfmacher beweise diese zur Evidenz. Überall zeige sich, daß die Unternehmer in neuerer Zeit dazu übergehen, durch Niesenausperrungen kurzerhand tausende Arbeiter mit ihren Familien brotlos zu machen. Das müsse ja den Arbeitern den Weg zeigen. Möchten alle Arbeiter von Eplingen es nur rechtzeitig erkennen und der Erkenntnis auch die Tat folgen lassen zu ihrem Nutzen.

Soziales.

Nach „Feierabend“.

Schon recht häufig haben wir in unserm Vereinsorgan an Hand von unwiderlegbarem Material vor der Zeitschrift „Nach Feierabend“ gewarnt und zur Vorsicht gemahnt. Wie recht wir damit hatten, beweist wieder folgender Vorfall, der im „Bergknappen“ mitgeteilt wird: Der Bergmann F. J. in Buer i. W. erlitt am 16. November 1909 einen Unfall, bei dem ihm das erste Glied des rechten Mittelfingers abgequetscht wurde, weshalb J. über drei Monate feiern mußte. Da der Verletzte Abonnent der Zeitschrift „Nach Feierabend“ war, machte er seine Ansprüche bei derselben geltend. Nach vielen Unkosten und Schreibereien ging J. der nachfolgende Bescheid zu:

Münster, den 9. März 1910.

In Ihrer Schadenssache haben wir festgestellt, daß Ihr Unfall vom 16. November 1909 eine voraussetzliche Lebenslänglich dauernde Invalidität nicht zurückgelassen hat. Da sich die Versicherung der „Nach Feierabend“-Abonnenten u. a. nur auf die infolge Unfalls zurückgebliebene lebenslänglich dauernde Erwerbsbeschränkung erstreckt, so haben wir keine Verpflichtung, Ihnen in vorliegenden Falle eine Entschädigung zu zahlen. Die Frage, ob die sonstigen Versicherungsbedingungen erfüllt sind, kann unter diesen Umständen unerörtert bleiben.

Gegen diesen Bescheid steht Ihnen gemäß § 4 der einschlägigen Versicherungsbedingungen die Anrufung des zuständigen Kreis-, Bezirks- oder Amtsarztes zu oder gemäß § 10 derselben Bedingungen das Recht der Klage innerhalb sechs Monaten nach erhaltener Kenntnis von diesem Bescheid. Erfolgt innerhalb genannter Frist weder das eine noch das andere, dann ist unser Bescheid rechtskräftig. Wir sehen hier wieder, wie schwer es ist, bei dem „Feierabend“ einen Entschädigungsanspruch durchzusetzen. Möge dieses jeder beherzigen und aus solchen Vorkommnissen seine Konsequenzen ziehen.

Literarisches.

Pofadomsky als Sozialpolitiker. Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik des Deutschen Reiches. Im Auftrage des zweiten deutschen Arbeitertages, dargestellt von Dr. Leopold v. Wiese, Professor der Volkswirtschaftslehre an der kgl. Technischen Hochschule Hannover. Köln 1909. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Palmstraße 14, 189 Seiten. Schmalzwoll gebunden. Preis 4 Mk. Für Mitglieder durch die Geschäftsstelle des Verbandes bezogen 2 Mk.

Die Schrift, die lebendig geschrieben ist, führt in gedrängter Kürze die sozialpolitischen Strömungen der letzten Jahrzehnte vor Augen und läßt eine Anzahl Zusammenhänge auf, die bisher, selbst sozialpolitischen Kreisen, fremd gewesen sein dürften. Sie verdient daher weiteste Verbreitung.

Das Protokoll der Verhandlungen des 7. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, enthält neben den drei Reden, die in der großen, den Kongreß einleitenden Versammlung von dem Kollegen Stegerwald, Freiherrn von Berlepsch und Herrn Direktor Dr. Brauns gehalten wurden, den Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes, ausführliche Vorträge über: Der Arbeiterschutz in seiner grundsätzlichen Bedeutung, historischen Entwicklung und seinen Zukunftsaufgaben, Entwicklung und Stand der deutschen Arbeiterversicherung, die künftige Gestaltung der Reichsversicherungsordnung, das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung und die den Vorträgen sich anschließende Diskussion. Das Protokoll ist bedeutend umfangreicher als die der vorausgehenden Kongresse und bietet für die agitatorischen und organisatorischen Aufgaben unserer Bewegung in nächster Zeit reichliche Anregungen. Daher bei dem billigen Preise von 40 Pfennig zur Anschaffung sehr zu empfehlen.

Versammlungs-Anzeige.

- Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Mugchburg.** Samstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr Versammlung in der „Goldenen Blode“.
 - Buchum II.** Sonntag, den 5. Juni 11 Uhr Versammlung im Calemander, Alseitz.
 - Duisburg-Verdingen.** Montag, den 30. Mai, abends gleich nach Feierabend im Lokale Schmitz „Zum Parlament“ Mitglieder-Versammlung. Unorganisierte können mitgebracht werden.
 - Duisburg-Großbaum.** Sonntag, den 29. Mai, morgens 11 Uhr bei Gremerius Mitglieder-Versammlung.
 - Duisburg-Weiderich.** Sonntag, den 29. Mai, nachm. 4 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Hakerkamp.
 - Düsseldorf-Rath.** Sonntag, den 29. Mai, vormittags 11 Uhr im Lokale Schulten, Münsterstraße.
 - Düsseldorf.** (Klempner und Installateure.) Freitag, den 3. Juni, abends 9 Uhr im Lokale Renter, Ost- und Klosterstr.-Ecke.
 - Dorsten.** Samstag, den 4. Juni, abends 6 1/2 Uhr bei Hüter.
 - Düsseldorf.** Sonntag, den 5. Juni, vormittags 11 Uhr gemeinsame Mitglieder-Versammlung. Paulushaus, Louisenstr. 37.
 - Essen-Rettwig.** Sonntag, den 29. Mai, morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Buchmüller.
 - Essen-Berge-Worbeck.** Samstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Westhoff, Hochstraße.
 - Essen-Kleingewerbe.** Samstag, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße 19.
 - Eisenach.** Samstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Konzerthaus Gleda.
 - Gimmigheld.** Rechenmetallarbeiter. Freitag, den 3. Juni Versammlung bei Dahrentsch.
 - Welsenkirchen-Buer.** Samstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr bei Radmann.
 - Gladbeck.** Sonntag, den 29. Mai, nachmittags 4 Uhr bei Rortpot. (Christliches Gewerkschaftshaus).
 - Halle.** Samstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr Versammlung. Restauration Schulte, Pfännerhöhe 74.
 - Hferlohn.** Samstag, den 8. Mai, abends 1/9 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Hennebell, Schillerplatz.
 - Karlruhe.** Samstag, den 4. Juni abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Zeitrel, Kaiserallee 27.
 - Kudrighafen.** Samstag, den 28. Mai, abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gesellenheim.
 - Münster.** Samstag, den 28. Mai abends 8 Uhr im „Wismeregarten“, Schillerstraße 16. Monats-Versammlung mit Vortrag über „Genossenschaftswesen“. Referent: Herr Rechtsanwalt Dr. Bernarb.
 - Münsterberg.** Samstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr im Gesellenheim allgemeine Gewerkschaftsversammlung. Referent: Verbandoorstandender Kollege Wieder. — Sonntag, den 29. Mai, vorm. 1/2 11 Uhr an im Gesellenheim Bezirkskonferenzen.
 - Oberhausen Rhb.** Sonntag, den 29. Mai, abends 7 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Golenath. Um 4 Uhr Kaffeestimmung bei Dartaenbüsch, wozu auch sämtliche Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner unserer Zahlstelle dringend eingeladen sind.
 - Remscheid.** Sonntag, den 5. Juni vormittags 11 Uhr bei Fritz Homann.
 - Schwab. Gmünd.** Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 Uhr in der Boni Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. Karte einladen und mitbringen.
 - Wallaun.** Samstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung bei Kollege Heinrich Strimel.